

Kein Blut für ÖL!

Bush und Kohl
in die Wüste –
die Soldaten
bleiben hier!



Die
Hintergründe
der Golfkrise

Eine
VORAN-
Broschüre

Preis: 3,50 DM

Inhalt

Explodiert das Pulverfaß? (aus VORAN Nr. 123)	3
Bringt die UNO Frieden? (aus VORAN Nr. 124)	9
Die Golfkrise - Hintergründe und Perspektiven	11
Wie steht VORAN zum Golfkonflikt?	30

Impressum

Herausgeber:
VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Eigendruck im Selbstverlag
November 1990

Redaktionsanschrift:
Redaktion VORAN
Hansaring 4
5000 Köln 1
Tel. 0221/134504

Vorwort

Die Entscheidung Bushs, noch 150.000 Soldaten mehr an den Golf zu schicken, bedeutet eine weitere Verschärfung der Krise in Nahost. Fast eine halbe Million Soldaten werden im Frühjahr 1991 einsatzbereit sein – so viel wie auf dem Höhepunkt der US-Intervention in Vietnam.

Bush läßt keinen Zweifel an seiner Bereitschaft zum Krieg. Trotz der negativen politischen und wirtschaftlichen Folgen eines Krieges, die er natürlich gerne vermeiden würde, ist er in seiner eigenen „Logik des Krieges“ gefangen. Eine friedliche Lösung ist zwar weiterhin denkbar, bleibt aber eher unwahrscheinlich. Die bisherigen Geiselfreilassungen Saddam Husseins sind nur ein Teil seiner Versuche, das gegnerische Lager zu spalten und sich etwas Spielraum zu verschaffen.

Alle diplomatischen Bemühungen und Spiegelfechtereien ändern nicht viel am grundlegenden Konflikt und sind deshalb mit Vorsicht zu genießen. So glaubt zum Beispiel das private amerikanische „Centre of Defence Information“: „Einen Tag vor dem Angriff bekräftigt US-Präsident George Bush seine Bereitschaft zu einer friedlichen Lösung des Konflikts“ (Frankfurter Rundschau, 20.11.90). In jedem Fall müssen wir uns auf den schlimmsten Fall vorbereiten – das heißt ein Kriegsausbruch in den kommenden Wochen oder Monaten.

Die deutsche Arbeiterbewegung muß den Kampf gegen eine Beteiligung der Bundeswehr und für den Rückzug der amerikanischen Truppen aufnehmen. Wichtig ist dabei politische Aufklärungsarbeit und die Entlarvung der Heuchelei von Bush, Kohl, der bürgerlichen Medien usw.

Zu diesem Zweck soll diese Broschüre dienen, die sich mit den Hintergründen der Krise beschäftigt.

Köln, 21.11.1990

Freiheit für Mahmoud Masarwa

Hier ist ein Prüfstein für diejenigen, die die größte militärische Mobilisierung seit dem 2. Weltkrieg – den Aufmarsch der USA im Golf – mit dem Argument des „Schutzes der Menschenrechte“ rechtfertigen. Seit zwei Jahren sitzt der palästinensische Gewerkschafter und Sozialist Mahmoud Masarwa in einem israelischen Gefängnis. Als Gegner sowohl des Terrorismus gegen Juden als auch des diplomatischen Kuhhandels mit reaktionären Ölscheichs hat Mahmoud versucht, jüdische und arabische Arbeiter im Kampf für demokratische Rechte und Sozialismus gegen die israelische Regierung zu vereinen. Das ist sein wahres „Verbrechen“.

Solch eine Einheit der Arbeiter würde das Ende der Herrschaft des israelischen Statthalters der USA bedeuten. Aber nur ein sozialistisches Israel/Palästina könnte den Boden und den Reichtum unter beiden Völkern gerecht verteilen und die demokratischen und nationalen Rechte beider garantieren.

In einem kraß manipulierten politischen Schauprozeß wurde Mahmoud wegen „Terrorismus und Spionage“ verurteilt. Die konkrete Beschuldigung: Er habe eine Reihe Bäume hinter seinem Betrieb niedergebrannt! Und diese existierten nicht einmal!

Abgeordnete, Parteien aus der Arbeiterbewegung und Gewerkschaften aus mehreren Ländern haben protestiert. Leiste auch Du Deinen Beitrag dazu. Mahmoud leidet unter unerträglichen Umständen: Er muß kämpfen um sein Recht, Briefe, Literatur und Besuche zu empfangen usw.

Schreibt Protestbriefe an die israelische Botschaft, Simrockallee 2, 5300 Bonn
2. Schickt hiervon Kopien an uns: Kampagne „Freiheit für Mahmoud Masarwa“, c/o Andreas Paqué, Oranienstraße 165, 5000 Köln 91.

Es werden auch weiterhin Spenden gebraucht, um Anwaltskosten zu bezahlen und Mahmouds Familie zu unterstützen. Sammelt auch Geld bei Demos, auf Veranstaltungen, bei Info-Ständen etc.

Fragt bei der Redaktion wegen der Weiterleitung des Geldes nach.

Explodiert das Pulverfaß?

Artikel aus VORAN Nr. 123 von Brent Kennedy, SPD-Mitglied aus Köln.

Der Einsatz der US-amerikanischen und anderen Streitkräfte im Nahen Osten ist ein klassisches Beispiel von Imperialismus. Die Industriestaaten sehen ihre Marionetten bedroht, die Kontrolle über „ihre“ Rohstoffquellen in Arabien ist gefährdet. Um ihre materiellen Interessen in dieser entfernten, aber wichtigen Region zu bewahren, schicken sie im „guten alten“ Stil die Kanonenboote.

Die Irakis haben einen Staatschef, der den Konzernen der USA und Europas nicht gefällt. „Saddam Hussein ist doch ein Diktator!“, protestieren die US- und die europäischen Regierungen. Die Kuwaitis, Saudis usw. haben auch Diktatoren, aber die gefallen Exxon, BP, Ford und Daimler gut. Denn sie verkaufen ihr Öl billig.

Sollte diese Expedition zum offenen Krieg führen, werden abertausende arabische Soldaten und Zivilisten mit ihrem Leben, die arabischen und asiatischen Arbeiter mit Arbeitslosigkeit oder noch schlimmerer Ausbeutung und Armut, die Palästinenser mit weiterer Vertreibung aus ihrer Heimat bezahlen. Dagegen haben wir im Westen nur noch die Heuchelei zu ertragen. Aber die stinkt schon zum Himmel. Denn wie eh und je verdecken die imperialistischen Mächte ihre nackte Aggression hinter moralischen Phrasen wie „Demokratie“, „Souveränität“, sogar „Menschenrechte“ und laut Bush „the american way of life“!

Jahrzehntlang unterstützten alle westlichen Regierungen Iran als Hilfssheriff im Golf. Die Diktatur des Schah wurde durch einen Militärputsch gegen eine demokratisch gewählte Regierung (die die Ölindustrie verstaatlicht hatte) mit aktiver Unterstützung des CIA an die Macht gebracht und hochgerüstet. Es gab keine Demokratie: Politische Gegner wurden von dem Geheimdienst „SAVAK“ systematisch gefoltert, umgebracht oder ins Exil verbannt. Diese Menschenrechtsverletzungen wurden von den westlichen Verbündeten schlichtweg dementiert oder verharmlost.

Nach der iranischen Revolution setzten die USA ihr Geld auf den Irak und freuten sich über den Golfkrieg, denn der Irak verhinderte die Ausdehnung der Revolution auf Arabien und rettete die Ölscheichs. Die USA leisteten Saddam Hussein heimlich Militärhilfe, trotz offizieller Neutralität. Der ausschlaggebende Sieg Iraks im Krieg gegen Iran, die Eroberung der Halbinsel Fao am 18. April 1988, wurde mit US-amerikanischer Beratung errungen.

Kaum zwei Jahre später entdeckt Bush, daß Hussein ein zweiter Hitler sei! Kann man danach wirklich irgendeiner Äußerung von Bush glauben?

Die Schützlinge der westlichen Regierungen sind einfach barbarisch. In Saudi-Arabien werden Dieben (nur den kleinen) die Hand abgehackt. Frauen werden wie Sklaven

unterdrückt. Vor ein paar Jahren wurde eine Frau auf Befehl des König Fahd wegen Ehebruch öffentlich zu Tode gesteinigt. Ein BBC-Dokumentarfilm darüber wurde auf Befehl Thatchers zurückgezogen, weil der Despot sich beleidigt fühlte. Diese brutale, mittelalterliche Monarchie wird von westlichen Regierungen immer als „gemäßigt“ bezeichnet. Abgesehen von ihrem Ölpreis – was könnte an ihr gemäßigt sein? Die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) schreibt: „Bis auf den Jemen werden alle Staaten der arabischen Halbinsel von Familiendynastien beherrscht. Stammesfürstentümer wäre eine leidlich korrekte Beschreibung dieser Staatsformen.“

„Aber der Irak benutzt Giftgas“, sagen Bush und Kohl. Und wer, bitte schön, hat Agent Orange (Entlaubungsmittel) in Vietnam benutzt? Welches Industrieland hat die Anlagen – nicht nur für Giftgasproduktion, sondern auch für andere militärische Anlagen – gebaut? Viele Konzerne der deutschen Bau- und Metallindustrie haben ein riesiges Geschäft in den letzten 15 Jahren mit dem Irak gemacht.

Bush und Thatcher sprechen von der Legitimität (d.h. Berechtigung) des kuwaitischen Staates. Doch gar kein Staat auf der Halbinsel ist legitim. Deshalb können sich die herrschenden Milliardäre den Luxus politischer Freiheit und Demokratie nicht leisten. Alle einzelnen Staaten sind künstliche Geschöpfe des Imperialismus, wie selbst ihre Staatsgrenze beweisen: gerade Linien, willkürlich durch den Sand der Wüste gezogen, die nichts mit irgendeiner sozialen Entwicklung zu tun haben.

Kuwait wurde vom britischen Reich als Haltestelle auf dem Weg nach Indien gegründet. Die jetzt vom Irak vertriebene Sabah-Dynastie wurde vom britischen Außenministerium ernannt. Das ist ihre Legitimität! Die genauen Staatsgrenzen in der Region definierte allein Großbritannien in den 20er Jahren. Kuwait wurde sowohl vom südlichen Irak getrennt, dem es im osmanischen Reich traditionell angehörte, aber auch von dem gerade sich herausbildenden Saudi-Arabien.

Die Sabah-Familie ist also immer ein Anhängsel Londons gewesen. Auch nach der rein formellen „Unabhängigkeit“ 1961 blieb der Filialleiter auf die Zentrale angewiesen. Ohne die Royal Navy, und jetzt die US-Marines, wäre diese künstliche Gestalt nicht lebensfähig gewesen.

Heute besteht diese Ölquelle, die die Briten ein Land nennen, aus einer privilegierten Schicht von 2000 Millionärsprinzen der königlichen Familie und 650.000 anderen „Kuwaitis“, bei einer Bevölkerung von 1,8 Millionen. Nur 60.000 der Kuwaitis haben das Wahlrecht, aber das nutzt ihnen auch nichts, denn Sabah hat das Parlament 1976 und nochmals 1985 einfach aufgelöst. Zitat SZ (10.8.90) zu den Zuständen in Kuwait und den Golfstaaten: „Es wäre kaum übertrieben, von einer Art moderner Sklavenhaltergesellschaft zu sprechen.“

Mit enormem Aufwand (es kostet die USA 1,9 Mrd. Dollar pro Monat) setzt die militärische Expedition die bewährte Strategie der britischen Kolonialpolitik in dieser Region fort, indem sie kleine, reaktionäre Königreiche ins Leben ruft und stützt, die sonst gegen Opposition von außen und innen schutzlos wären. Der Sinn ist, die Ölreserven von den dichterbesiedelten arabischen Ländern zu trennen, um dadurch die Kontrolle über Ölförderung und Preise zu erhalten.

Der Preisverfall der Rohstoffe, die die entwickelten Industrieländer aus den exkolonialen Ländern importieren, ist ein wesentlicher Grund für den Aufschwung in den

USA, Europa und Japan in den letzten Jahren gewesen. Es gab und gibt eine riesige Umverteilung des Reichtums von der „3. Welt“ in den Norden. Den kapitalistischen Großmächten wird in den kommenden Jahren in Form von Revolution, Krieg und Instabilität in diesen von ihnen ausgesaugten Ländern die Rechnung präsentiert werden.

Ein Berater von Präsident Bush formulierte den Grund der US-Militäraktion am Golf so: „Wir brauchen das Öl. Es klingt gut, vom Eintreten für die Freiheit zu reden. Aber Kuwait und Saudi-Arabien sind auch nicht gerade Demokratien. Wenn ihre wichtigsten Exportprodukte Orangen wären, dann hätte ein mittlerer Beamter des Außenministeriums eine Stellungnahme (zur irakischen Aggression) abgegeben, und wir hätten das Außenministerium für den August geschlossen.“

aus der „taz“ vom 20.8.90

und Thatcher haben schon aus dem UNO-Handelsembargo eine Blockade gemacht und auf Schiffe geschossen, auch als Peres de Cuellar erklärte, sie hätten kein Recht dazu. Doch diese Piraten werden entweder die entsprechende Rechtfertigung durch eine UN-Resolution organisieren, oder die alte so interpretieren, wie sie sie brauchen. Wann haben sich denn Thatcher, Bush und die israelische Regierung durch UN-Resolutionen vom Krieg abhalten lassen?

Kuwait besitzt mindestens 100 Mrd. Dollar im Ausland, um die 50 Mrd. in Aktien und Immobilien. Es ist der größte ausländische Investor in Spanien, kontrolliert 20% des dänischen und 12% des schwedischen Benzinmarktes, besitzt Immobilien in New York, London und Frankfurt/Main, einen Ölkonzern in Kalifornien und Raffinerien in Dänemark und den Niederlanden. 14% von Daimler, 20% von Hoechst und große Anteile von Asko und Deutscher Bank gehören Kuwait. Also bitte keinen Quatsch von

Nach acht Jahren Krieg und mit 80 Milliarden Dollar Schulden ist der Irak auf höhere Öleinnahmen angewiesen. Doch mehrere Male in den letzten Jahren haben die westlichen Vasallen Saudi-Arabien und Kuwait solche Abkommen sabotiert. Sie können es sich leisten – diese bevölkerungsarmen Länder schwimmen in Öl und Geld. Beim irakischen Einmarsch in Kuwait ging es hauptsächlich darum, den neuen Zielpreis von 25 Dollar pro Barrel (159 Liter) zu schützen und Kuwait damit zu zwingen, Iraks Kriegskosten mitzufinanzieren. Natürlich ist dies ein Raubkrieg Husseins: Der kleine Räuber wendet sich gegen den großen Räuber.

Beim Einmarsch der USA geht es darum, „ihr“ Öl zu einem billigen Preis zu schützen. Als Bush sagte: „Eine Marionettenregierung in Kuwait ist nicht akzeptabel“, meinte er: Nicht eure, sondern unsere Marionettenregierung ist legitim.

Kein Sozialist kann diesen imperialistischen Kreuzzug unterstützen, auch wenn er sich „Friedensmission“ oder sonstwie nennt und im Namen der UNO geschieht. Bush

wegen „kleines, armes Kuwait“! Inzwischen „verdienen“ die Scheichs dort mehr durch ihre Kapital- als durch ihre Ölexporte.

Irak wird von Saddam Hussein als Speerspitze der arabischen Revolution dargestellt, die Annexion Kuwaits als erster Schritt zur Vereinigung der arabischen Nation. In Wahrheit will Hussein nur seine Diktatur halten bzw. ausdehnen. Seine Herrschaft war bisher ein einziges außenpolitisches Abenteuer (oft die letzte Rettung eines isolierten Diktators) als Ablenkung von den sozialen Problemen der irakischen Massen. Dies war mit ein Grund für die Kriege gegen Iran und Kuwait.

Nur die arabischen Arbeiter und Bauern können mit all diesen Diktatoren fertig werden. Statt auf diese Cliquen oder auf Bush und Thatcher zu setzen müssen SPD- und Gewerkschaftsmitglieder den Sturz der Regimes durch das Volk unterstützen. Für Demokratie, nationale Vereinigung und echte Unabhängigkeit vom Imperialismus durch eine Revolution der Arbeiter und Bauern! Die Bevölkerung muß Boden, Ressourcen und Industrie in ihrem Besitz und unter ihrer Kontrolle haben.

Dieses Programm könnte zu einem schnellen Ende Saddam Husseins führen. Aber die „demokratischen“ Politiker der NATO-Länder können ein solches nicht unterstützen, denn die Interessen der Menschen dieser Region stehen im Gegensatz zu den ihrigen. Außerdem haben die Imperialisten zurecht überhaupt keine Glaubwürdigkeit unter den Arabern. Deshalb werden die westlichen „Friedensbotschafter“ versuchen, Hussein auf Kosten des Volkes zu stürzen. Die Kosten dafür sind enorm: Die irakische Bevölkerung wird durch die Blockade hungern. (Ist es ihre Schuld, daß sie von einem Diktator beherrscht wird?) Soldaten und Zivilisten auf beiden Seiten werden sterben. Die Wirtschaft Iraks wird zurückgeworfen. Die riesigen Summen des militärischen Einsatzes werden von der Arbeiterklasse in jedem Land durch Preis- und Steuererhöhungen bezahlt.

Zuerst bedeutet dieser Truppeneinsatz eine Stärkung des Imperialismus. Nach ihrer erniedrigenden Niederlage gegen die vietnamesische Revolution versucht Bush jetzt den starken Mann zu spielen, um die Vorherrschaft der USA in der Weltpolitik deutlich zu machen. Im Moment hat er auch Unterstützung in der Bevölkerung und nutzt die Krise als Ablenkung von der Stagnation der Wirtschaft, aber das kann sich schnell ins Gegenteil wenden.

Rein militärisch betrachtet könnten die USA durch Luftangriffe und eine Invasion Irak besiegen. Aber dann fangen die politischen Probleme an. Was wäre die Reaktion der arabischen Massen auf die unvermeidliche Zerstörung und das Leiden? Welche Zukunft hätte ein durch die Amerikaner an die Macht gebrachter Staatschef? Die Massen werden sich vor allem an den arabischen Herrschern wie Mubarak und Fahd rächen, die Seite an Seite mit (in Wirklichkeit unter) Bush gegen Irak kämpften.

Die Kollaboration einiger arabischer Staatschefs mit den verhaßten Imperialisten schürt die Wut und Empörung der Massen. Besonders König Hussein in Jordanien befindet sich in einer für ihn ausweglosen Situation, da die Bevölkerung in erster Linie vom Haß auf die USA geprägt sind. Dort leben viele Palästinenser.

Bush tut alles mögliche, seinen eigenwilligen Vorposten Israel zurückzuhalten. Wenn Israel jetzt die „Gunst der Situation“ ausnutzen würde, Irak oder Jordanien anzugreifen, würden alle Araber – vom Atlantik bis zum Golf – eine Front aus Zionisten,

Imperialisten und ihren Lakaien gegen sich sehen. Mubarak und andere müßten sich dann zurückziehen oder sie würden einer Revolte gegenüberstehen. Egal, wie der militärische Ausgang dieses Konfliktes aussehen wird, wird er eine große Auswirkung auf das Bewußtsein der arabischen Massen in allen Ländern haben.

Die Palästinenser fühlen sich nochmals verraten und verkauft. Zum ersten Mal seit Nasser (früherer Staatschef von Ägypten) hat ein arabischer Staatschef demonstrativ – in Auseinandersetzung mit dem westlichen Imperialismus – von ihrer Sache und von arabischer Vereinigung gesprochen, auch wenn er dies zynischerweise aus Eigennutz tut. Seit drei Jahren erleben wir in den von Israel besetzten Gebieten die Intifada, den Aufstand des palästinensischen Volkes.

Ein Krieg von Israel gegen die arabischen Nachbarn ist in den kommenden Jahren durchaus möglich. Israels Absicht wird sein, die radikalisierte Massenbewegung der Palästinenser in Israel selbst, in den besetzten Gebieten und in Jordanien unter dem Vorwand einer auswärtigen Gefahr niederzuschlagen.

Die Spannungen werden wegen wirtschaftlicher Probleme (eine Weltwirtschaftsrezession wird Israel besonders hart treffen) zunehmen. Der Druck zusätzlicher jüdischer Einwanderer aus der Sowjetunion (es könnten bis zu einer Million Menschen werden) wird die herrschende Klasse Israels zu eine noch aggressiveren Politik treiben. Die Regierung schickt die Einwanderer heute schon zur Ansiedlung in die besetzten Gebiete.

Es gibt also keinen Ausweg für die kapitalistischen Mächte aus der von ihnen verursachten Instabilität des Nahen Osten. Das Pulverfaß wird in naher Zukunft explodieren.

Die Kreml-Bürokratie hat jetzt eine besonders schmutzige Rolle gespielt. Wie Frankreich und die USA hat die Sowjetunion Irak bewaffnet. Seit 1972, als die westlichen Ölmultis irakisches Öl wegen der Verstaatlichung der Industrie boykottierten, kaufte die Bürokratie dieses Öl zum Weltmarktpreis und unterstützte Saddam Hussein. Nun läuft ein großer Teil der Bürokratie zum Kapitalismus über und wirft sich den Marktwirtschaften zu Füßen. Um sich jetzt hoffähig zu machen, gibt Gorbatschow den USA freie Hand. Der Stalinismus wird den arabischen Massen als (Schein-)Alternative nicht zur Verfügung stehen. So ist als Gegenreaktion eine Stärkung des islamischen Fundamentalismus in nächster Zeit durchaus möglich.

Diese Krise legt offen, daß es eine Illusion ist, zu glauben, die Marktwirtschaft würde zu Weltfrieden, Abrüstung, Stabilität und Fortschritt führen – jetzt, da der Stalinismus untergeht. Die kapitalistische Ausbeutung der „3. Welt“ hat zuviel Sprengstoff angehäuft. Jetzt intervenieren die führenden kapitalistischen Länder zusammen gegen die „3. Welt“, aber die Herausbildung von drei Blöcken – EG, unter der Fuchtel der BRD, USA und Japan – kündigt künftige Konflikte zwischen den konkurrierenden Mächten in Zeiten von Wirtschaftskrisen an.

Was ist die Rolle des deutschen Imperialismus dabei? Gleich, ob es die Kohl-Regierung jetzt schon wagt, deutsche Kriegsschiffe direkt ins Krisengebiet zu schicken, ab heute müssen wir uns darauf einrichten, daß die deutsche Bourgeoisie eine stärkere politische und damit auch militärische Rolle in der Weltpolitik spielen will. Die jetzigen

Diskussionen um den Einsatz der Marine sollen uns an den Gedanken schon mal gewöhnen!

Wir sind selbstverständlich gegen die Geiselnahme von Deutschen und anderen Ausländern in Kuwait und Irak, aber sie werden als Vorwand für die Intervention zynisch benutzt. Ein Militäreinsatz gefährdet sie erst recht. Tagelang haben sich die deutschen sowie die anderen Botschaften in Kuwait überhaupt nicht um ihre Staatsbürger gekümmert. Zwei Tage gab es überhaupt kein Hindernis zur Flucht nach Saudi-Arabien, aber die westlichen Botschaften berieten sie immer noch zum Bleiben! Sozialisten müssen die imperialistischen Ansprüche der Bundesregierung bekämpfen. SPD und DGB müssen gegen den Einsatz deutscher Kriegsschiffe auch im Mittelmeer protestieren und mobilisieren. Wehret den Anfängen.

(22.8.1990)

Bringt die UNO Frieden?

Artikel aus VORAN Nr. 124, leicht gekürzt, von Georg Kümmler, Jungsozialist aus Aachen.

Kohl will Bundeswehrsoldaten im UNO-Auftrag am Golf aufmarschieren lassen. Nach der Bundestagswahl soll dazu das Grundgesetz geändert werden. Die Führung der SPD hat sich ebenfalls zu einer Grundgesetzänderung, die den Einsatz von Bundeswehrsoldaten in UNO-Truppen ermöglicht, bereiterklärt. Auf ihrem Parteitag in Münster hatte sich die SPD noch ausdrücklich gegen eine Bundeswehrebeteiligung an UNO-Truppen ausgesprochen.

Erklärter Hauptzweck der UNO ist die Sicherung des Weltfriedens. Die ernüchternde Bilanz: In den 45 Jahren UNO seit ihrer Gründung 1945 gab es international über 130 Kriege und militärische Konflikte mit mehr als 20 Millionen Toten. 1989 betragen die weltweiten Rüstungsausgaben 1587 Milliarden DM.

Ein weiteres Ziel der UNO ist die „Wahrung der Menschenrechte“. In ihrem Mitte 1990 vorgelegten Bericht klagte „Amnesty International“ 138 Länder an, Menschenrechte durch Hinrichtungen, Folter, Mißhandlung sowie willkürliche Verfolgung und Festnahme zu verletzen. In 50% aller Staaten würden Gefangene gefoltert.

Bezeichnend für den Charakter der UNO ist auch das Beispiel Kambodscha. Rechtmäßiger Vertreter Kambodschas in der UNO ist nicht die derzeitige Regierung (die auch nicht demokratisch ist), sondern eine von Prinz Sihanouk angeführte Widerstandskoalition aus drei Gruppen, deren stärkste die Roten Khmer sind. Die Roten Khmer haben während ihrer vierjährigen Schreckensherrschaft mindestens eine Million Kambodschaner umgebracht. Der Grund: Die USA setzten bis vor einem halben Jahr auf Destabilisierung des Landes auf Kosten des vietnam- und moskauorientierten Regimes.

Und die Truppen dieser UNO sollten Frieden bringen?

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat einstimmig den Angriff Iraks auf Kuwait verurteilt und ein Embargo beschlossen. Dieser Sicherheitsrat, der in Fragen des Weltfriedens die alleinige Entscheidungsbefugnis besitzt, besteht aus 15 Mitgliedern. Davon sind fünf ständige Mitglieder, d.h. von niemandem gewählte, sondern selbst ernannte Mitglieder (China, Frankreich, Großbritannien, UdSSR und USA) und zehn nicht-ständige Mitglieder, die für jeweils zwei Jahre von allen Mitgliedern gewählt werden. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen und militärischen Stärke sind die Entscheidungen der fünf ständigen Mitglieder ausschlaggebend.

Jedes der fünf Länder hat seinen Beitrag zur Aufrüstung des Iraks und der übrigen Staaten am Golf geleistet, ebenso die BRD, der fünftgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Eher kann man den Bock zum Gärtner machen, als daß von diesen Staaten Frieden ausgeht.

Bush und Thatcher haben erklärt, sie hielten militärische Aktionen gegen Irak auch ohne Beschluß des UNO-Sicherheitsrates für legal. Der Internationale Gerichtshof, eine Einrichtung der UNO, verurteilte die USA bereits vor mehreren Jahren wegen Verletzung des Völkerrechts und illegaler Aggression zum Schadensersatz an Nicaraguas. Die USA ignorierten das Urteil (das wohl eine seltene Panne war). Die imperialistischen und stalinistischen Staaten benutzen UNO-Beschlüsse wie Karten im Pokerspiel: Passen sie in ihr Blatt, nutzen sie sie propagandistisch aus, passen sie nicht, werfen sie sie weg.

Betrachtet man jedes Mitgliedsland der UNO für sich, wird kein Mensch erklären können, warum ausgerechnet dieses Land die Menschenrechte in der Welt verteidigen sollte. Außenpolitik ist Fortsetzung der Innenpolitik und umgekehrt. Niemand wird von Thatcher erwarten, für die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter im Irak oder Kuwait einzutreten, während sie im eigenen Land die Gewerkschaften am liebsten zerschlagen möchte. Niemand wird von der Bundesregierung erwarten, sich für das Schicksal der Flüchtlinge in der Welt einzusetzen, während sie gleichzeitig im eigenen Land Asylbewerbern das Leben schwer macht und z.B. Waffenlieferungen an Diktaturen zuläßt.

Wie kann man annehmen, daß 159 Staaten, von denen jeder einzelne seine egoistischen außenpolitischen Ziele ohne Rücksicht auf irgendwelche „Menschenrechte“ verfolgt, daß durch den Zusammenschluß dieser 159 Staaten in einer Organisation Namens UNO plötzlich ein Instrument zur Wahrung des Friedens und der Menschenrechte entsteht?

Die eigentliche Aufgabe der UNO ist die Aufrechterhaltung der Unterdrückung und Ausbeutung der breiten Masse der Bevölkerung in der ganzen Welt. Sie will für Stabilität sorgen – im Interesse der Herrschenden.

Weil die Stalinisten sich heute den Imperialisten unterwerfen und die gemeinsamen Interessen der westlichen Industrieländer im Vordergrund stehen, erhält in der Propaganda die „Weltgemeinschaft“ wieder größere Bedeutung. Wenn jedoch der Konkurrenzkampf zwischen den USA, Japan und Europa in den nächsten Jahren schärfer wird, wird die Ohnmacht der UNO immer deutlicher werden. So erging es dem Völkerbund in den 20er und 30er Jahren.

Die Arbeiter und armen Bauern in allen Ländern haben aber die gleichen Interessen. Sie sind es, die mit ihrer Arbeit und ihrem Leben den Preis für Rüstung und Krieg bezahlen. Anfang September gab es in Bangladeschs Hauptstadt Dhaka einen Generalstreik gegen die Entsendung einheimischer Truppen an den Golf. Das sollte ein Vorbild für die Arbeiterorganisationen aller Länder sein, deren Regierungen Waffen oder Soldaten dorthin schicken.

Statt einem Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen von UNO-Truppen am Golf zu diskutieren, sollte die SPD-Führung die Enteignung der Rüstungsindustrie und deren Umstellung auf zivile Produktion unter Kontrolle der Gewerkschaften vorschlagen. Das wäre eine Maßnahme zum Schutz des Lebens sowohl der deutschen Jugendlichen als auch der Millionen Menschen im Irak und im Nahen Osten, die in einem Krieg vernichtet würden.

Die Golfkrise – Hintergründe und Perspektiven

Wir leben in einer Zeit „scharfer Wendungen und plötzlicher Veränderungen“ – dies zeigt zweifellos die heraufziehende Golfkrise. Die 90er Jahre, die von einer Welle politischer Revolutionen im Osten eingeleitet wurden, haben mit der Aussicht auf den größten und ernsthaftesten Militärkonflikt seit dem 2. Weltkrieg begonnen. Und dies zu einer Zeit, da die Ideologen von Kapitalismus und Imperialismus eine neuentdeckte Euphorie über die Verlängerung des Wirtschaftsaufschwungs und den Zusammenbruch des Stalinismus verbreiteten. Sie interpretierten diesen angeblichen Triumph des liberalen Kapitalismus als das „Ende der Geschichte“.

Jetzt stehen sie vor einem möglichen Krieg, der erstmals in der Geschichte mit einer Rezession zusammenfallen würde. Dies ist teilweise der Preis, den sie für den achtjährigen Wirtschaftsaufschwung zahlen müssen. Der Aufschwung stützte sich größtenteils auf die grausame Intensivierung der Ausbeutung der Völker in der „3. Welt“, was sich in den Zinszahlungen für die angehäuften Auslandsschulden und in der scharfen Verschlechterung der „Terms of Trade“ ausdrückte – nicht zuletzt auch in einem drastischen Ölpreisverfall.

Die Propaganda und Stimmungsmache zur Rechtfertigung eines Krieges zeigt, daß die Heuchelei der Imperialisten neue Höhepunkte erreicht hat. Die Imperialisten haben Saddam Hussein mit Hitler verglichen, als ob Hitler persönlich Invasionen und Gebietsannexionen erfunden hätte, und als ob Saddam der erste wäre, der Hitler nachahmen würde. Was die Imperialisten so wütend gemacht hat, ist die Tatsache, daß Saddam genau das zu tun wagte, was sie selbst mit gnadenlosem Zynismus seit über 100 Jahren in Nahost und in der ganzen unterentwickelten Welt betreiben.

Allein in den letzten sieben Jahren haben die US-Imperialisten Libyen bombardiert, Truppen in den Libanon geschickt, Grenada und Panama eingenommen; allein in Panama wurden hierbei 7000 Menschen getötet. Neben diesen offenen Militäraktionen haben sie massive Hilfe beim Zustandekommen konterrevolutionärer Militäroperationen in Nicaragua, Angola usw. geleistet. Im Nahen Osten marschierte der Nato-Verbündete Türkei in Zypern ein, riß sich einen Teil selbst unter den Nagel und teilte somit die Insel. Der größte Empfänger amerikanischer Hilfe auf der Erde, Israel, errichtete den Staatsapparat auf der Grundlage der Annektierung eines Teils von Palästina; seither hat Israel die Golanhöhen „angegliedert“, das Westjordanland und den Gazastreifen besetzt, den Irak bombardiert und über die Agentur der südlibanesischen Armee einen Teil des Libanons faktisch besetzt.

Der amerikanische Imperialismus protestierte seinerzeit nicht gegen den Einsatz von Giftgas gegen die kurdische Bevölkerung durch Saddam Hussein (wobei allein in einer Stadt mindestens 5.000 Menschen getötet wurden). Es erfolgte ebensowenig Protest seitens der Amerikaner, als Saddam Hussein 1983 die Türkei dazu aufforderte, einen kurdischen Aufstand niederzuschlagen. Ebenso schauten die USA weg, als Hussein 1983 10.000 Schütten in verschiedenen Dörfern nördlich von Basra massakrieren ließ. Die US-Regierung sagte nichts gegen Saddams Invasion in das iranische Khuzestan, womit er einen achtjährigen Stellvertreterkrieg im Auftrag des US-Imperialismus zur Eindämmung der iranischen Revolution vom Zaun brach. Die USA tolerierten sogar die Bombardierung des US-Kriegsschiffs „Stark“ durch den Irak und nahmen diesen Vorfall zum Anlaß, um in den irakisch-iranischen Krieg zu intervenieren. Von 1985 an leisteten die USA in einem Sonderprogramm Militärhilfe für Saddam Hussein: Entgegen der Bedenken aus dem Pentagon wurde vierzehnmal hochentwickelte Technologie geliefert, die dem Irak beim Aufbau eines atomaren, chemischen, biologischen und konventionellen Arsenal halfen. Die letzte Lieferung war drei Tage vor dem irakischen Einmarsch nach Kuwait fällig.

Während sich die USA hinter der UNO verstecken – wie schon beim Koreakrieg – und schöne Reden über die edlen Motive der UNO-Gründer geschwungen werden, wird verschwiegen, daß die USA mit ihren Mitgliedsbeiträgen an die UNO mit 670 Millionen Dollar im Rückstand sind.

Die arabische Nation

Um die komplexen Fragen anzugehen, die von der gegenwärtigen Krise aufgeworfen werden, ist es nötig, kurz auf den historischen Hintergrund einzugehen. Die zynischen Machenschaften des westlichen Imperialismus im Nahen Osten begannen Mitte des letzten Jahrhunderts und fanden ihren vorläufigen Höhepunkt im Zerfall des osmanischen Weltreichs. Lord Curzon verkündete, daß der Persische Golf ein „britischer See“ werden sollte. Bis zum Ende des ersten Weltkriegs errangen der britische und französische Imperialismus direkte Kontrolle über die Gebiete von Ägypten, Persien, Irak, Palästina und Syrien; es ging ihnen hierbei um die Sicherung der Ölquellen und des für den Welthandel wichtigen Suez-Kanals, außerdem fürchteten sie die Auswirkungen der Russischen Revolution auf die gesamte Region, wie sie dann auch im Iran sichtbar wurden. Die Intervention des anglo-französischen Imperialismus wurde auch damals – ähnlich wie heute mit dem US-Imperialismus – durch ein vom Völkerbund (dem damaligen Vorgänger der UNO) ausgestellt „Mandat“ legitimiert.

Es ist unmöglich, auch nur ein einziges Ereignis in dieser Region zu verstehen, wenn man nicht davon ausgeht, daß es eine grundlegend einheitliche arabische Nation mit einheitlicher Sprache, einheitlichem Bewußtsein und Kultur gibt, und daß die in jüngerer Zeit herausgebildete Entwicklung nationalen Bewußtseins in den verschiedenen Staaten sich auf diese Existenz einer einheitlichen arabischen Nation gründet. Die

Haupttriebfeder aller turbulenten, den Nahen Osten erschütternden Ereignisse – Aufstände, Militärputsche, Kriege und Revolutionen – ist das Streben der Massen nach der Wiedervereinigung der arabischen Nation, die vom Imperialismus verhindert wird. Im Gegensatz zum indischen Subkontinent oder den afrikanischen Ländern (wie etwa Nigeria), wo der Imperialismus völlig unterschiedliche Stämme, Rassengruppen oder Völker zusammenkettete, die sich jetzt auf kapitalistischer Basis auseinanderbewegen und voneinander lösen, zeigt ein Blick auf die Landkarte, daß das gesamte riesige, von der arabischen Nation geerbte Gebiet willkürlich aufgeteilt wurde, indem man im Wüstensand schnurgerade Grenzlinien zog und so künstliche Staaten schuf. Die unter britischem „Mandat“ stehenden Gebiete wurden von verrotteten Marionetten-Monarchien verwaltet.

Irak, Syrien, Libanon, Kuwait, Jordanien, die Emirate usw. wurden von den Imperialisten als rein künstliche Gebilde geschaffen, womit sich diese ihren strategischen Würgegriff über die Region und die Spaltung der arabischen Nation sicherten. Der Imperialismus förderte zynisch regionale und religiöse Unterschiede (sunnitische und schiitische Moslems, Griechisch-Orthodoxe, maronitische Christen, Drusen, Juden) und spielte sie kaltschnäuzig gegeneinander aus. Frankreich errichtete einen Maroniten-Staat im Libanon, und Großbritannien förderte den Plan der Zionisten, in Palästina einen jüdischen Staat zu gründen (ein „loyales kleines jüdisches Nordirland“ – wie sich ein britischer Agent zynisch ausdrückte). Gleichzeitig wurden die Heimatgebiete der Kurden, Armenier und anderer nationaler Minderheiten geteilt.

Die Königshäuser von Ägypten, Iran (Persien), Irak, Libyen und vor allem die verschiedenen Emirate und Scheichtümer am Golf, einschließlich des Emirs von Kuwait, hatten nicht mehr gesellschaftliche Basis als die Maharadschas in Indien, deren Herrschaft nach dem Rückzug des britischen Imperialismus wie ein Kartenhaus zusammenbrach. Die Basis dieser verrotteten Marionetten-Monarchien, die sich bisher immer noch mit Hängen und Würgen an der Macht gehalten haben, ist jetzt durch ihre jüngste Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus bis auf die Grundmauern erschüttert worden.

Die Revolutionen, die die Könige von Ägypten, Irak, Libyen usw. stürzten, fanden in der ganzen arabischen Welt begeistertes Echo; sie wurden als Schritte in Richtung arabische Befreiung und Vereinigung gesehen. Ein ähnliches Echo fanden die Verstaatlichung des Suez-Kanals, die Verstaatlichung eines Großteils der Wirtschaft durch die linken Anhänger der Baath-Partei in Syrien, die Verstaatlichung des Erdöl-Konsortiums im Irak 1972 und andere, ähnliche Ereignisse bis hin zur palästinensischen Intifada in den von Israel besetzten Gebieten. Zwar gibt es sehr wenig Illusionen in Saddam Husseins Regime, doch zweifellos haben der Sturz des Emirs von Kuwait und die darin enthaltene Drohung an die Adresse des saudiarabischen Königs und anderer Scheichs große Hoffnungen der arabischen Massen aufkommen lassen. Die arabische Bevölkerung sah darin einen Schritt in Richtung arabische Revolution (vielleicht mit Ausnahme eines Teils der Bevölkerung von Saudi-Arabien und den Emiraten selbst).

Kuwait war einst im alten osmanischen Weltreich ein Teil der Provinz Basra. Mit dem Zusammenbruch des Reiches errichtete Großbritannien 1899 ein „Protectorat“ um diesen lukrativen Hafen und Handelsstützpunkt. Nach dem ersten Weltkrieg übernahm

Großbritannien mit dem Völkerbunds-„Mandat“ die drei ehemaligen osmanischen Provinzen Bagdad, Mosul und das restliche Basra; diese drei Provinzen bilden das Gebiet des späteren irakischen Staates.

1921 setzte der britische Imperialismus dem künstlichen Staat Irak einen auswärtigen Monarchen (König Faisal) vor – in den Worten eines Bürokraten des britischen Außenministeriums einen „König, der sich damit begnügen wird, zu herrschen, und nicht zu regieren“. Dies provozierte Massenaufuhr, der mit brutalen Massakern 1920–24 unterdrückt wurde. 1932 wurde Irak eine Art „Unabhängigkeit“ zugestanden. Nach den Worten eines anderen britischen Diplomaten „eine Verwaltung mit arabischen Institutionen, die wir sich selbst überlassen können, solange wir die Fäden ziehen; etwas, das uns nicht teuer kommt, was die Labour Party im Einklang mit ihren Grundsätzen schlucken kann, was aber gleichzeitig unsere wirtschaftlichen und politischen Interessen sichert“.

Öl, Eisenbahnen, Häfen und die meisten Industrien blieben unter britischer Kontrolle, ebenso wurden die britischen Militärstützpunkte beibehalten. Winston Churchill hob hervor, daß unter diesem Vertrag den Briten „der Besitz oder zumindest die Kontrolle über die Quellen des von uns so dringend benötigten Öls“ erhalten bliebe. Nach den Worten des britischen Stabschefs vermittelte der Vertrag den „Anschein völliger Gleichheit ... Was auch immer die rechtlichen Vereinbarungen im einzelnen besagen mögen, müssen wir die de-facto-Kontrolle beibehalten“.

Diese unverschämte Annektierung provozierte leidenschaftliche Proteste seitens des Volkes. Die irakische Kommunistische Partei wurde ebenso wie die KPN in Syrien, Ägypten, Sudan, Libanon und den meisten anderen Staaten, die aus der Teilung des lebendigen Körpers der arabischen Nation entstanden sind, zu einer politischen Kraft mit Massenbasis. 1947 wurde der von der KP angeführte Aufstand von Al-Wathbah blutig unterdrückt, was 400 Menschenleben kostete. Im Januar 1948 organisierte die KP deshalb eine Protestdemonstration mit 100.000 Teilnehmern.

Erschüttert durch die Suez-Krise und die Auswirkungen des Linksrutsches des ägyptischen Nasser-Regimes auf die ganze Region, nutzte der Imperialismus 1958 die irakische Monarchie, um die Bedrohung durch den Nasserismus zurückzudrängen. Ebenso stützte sich der Imperialismus später auf die irakische Militärdiktatur, um die iranische Revolution einzudämmen. Der US-Imperialismus versuchte einen „Bagdad-Pakt“ aller arabischen Monarchien und Marionettenregimes nach dem Vorbild der NATO zu schmieden. Dies provozierte massive Krawalle in der ganzen Nahost-Region. Britische Truppen wurden nach Jordanien entsandt, US-Marinesoldaten nach Libanon. Der Befehl zum Einmarsch irakischer Truppen nach Jordanien führte zum Ausbruch der irakischen Revolution 1958. Die Armee meuterte und marschierte auf den Königspalast zu. Der König, der Kronprinz und der Premierminister wurden gelyncht. Wenn die KP nicht den Militärbonapartisten Kassem unterstützt hätte, dann hätte sie selbst die Macht übernehmen können.

Wenige Monate zuvor hatten die Regierungen der USA und Großbritanniens Denkmodelle für eine militärische Besetzung Kuwaits und seine Umwandlung vom britischen „Protektorat“ in eine direkte britische Kronkolonie entwickelt. Schließlich entschieden sie sich aus Furcht vor den Auswirkungen eines solchen Schrittes, der zur

Entfaltung der irakischen Revolution geführt hätte, doch noch für die Aufrechterhaltung einer Agentur in Form des kuwaitischen Regimes. Als dementsprechend der Emir von Kuwait 1961 „Unabhängigkeit“ erlangte, leitete das neue Kasser-Regime in Irak Schritte zu dessen Absetzung ein, um diese fremde, imperialistische Außenstelle an der Grenze Iraks aus dem Weg zu räumen. Die irakischen Gebietsansprüche auf Kuwait wurden allein durch Zahlung eines „Schmiergeldes“ abgewendet.

Die „Baath-Partei“ war eine fast ausschließlich kleinbürgerliche antiimperialistische Bewegung. Sie wurde durch die imperialistische Strategie des „Teile und Herrsche“ ähnlich wie die indische Kongreß-Partei dazu gezwungen, sich auf die Grundlage eines nicht-religiösen „Pan-Arabisismus“ zu stellen (Pan-Arabisismus = Bewegung für den Zusammenschluß der einzelnen arabischen Staaten). Wenn die starken Kommunistischen Parteien in Ägypten, Irak, Libanon, Sudan und den anderen arabischen Ländern (ebenso im Iran) eine marxistische Politik durchgeführt hätten, hätten sie die Macht erobert und die arabische Nation auf der Grundlage einer sozialistischen Föderation vereinen können. Aber Stalins Unterstützung für den anglo-französischen Imperialismus in der „Volksfront“-Phase und während des 2. Weltkrieges und danach die starre Anwendung der „Etappentheorie“ lähmten die KPen in den entscheidenden Monaten und Jahren.

Die Stalinisten unterstützten die bürgerlich-bonapartistischen Regimes, die in Ägypten, Irak und Syrien an die Macht kamen, nachdem die Revolution die alten vom Imperialismus abhängigen Regimes beiseitegefegt hatte. Diese Regimes starteten daraufhin unter dem Mantel des „Pan-Arabisismus“ Angriffe auf die KPen. Daß sie sich dieses Mäntelchen umhängen mußten, war ein Zugeständnis an das Streben der arabischen Massen nach Einheit. Sonst könnte man sich auch nicht erklären, daß alle diese engstirnigen bürgerlichen oder – wie Syrien ab 1965 – stalinistischen Regimes wiederholt versuchten, die staatliche Einheit herzustellen.

Mehr noch als anderswo in der „3. Welt“ stellen die Staaten in Nahost ein Gefüge sehr widersprüchlicher Zwitterregimes dar. Der Imperialismus stülpte Ländern, die bis zum heutigen Tage weitgehend noch alte Stammesstrukturen haben, Königsdynastien auf der Grundlage eines feudalen politischen Überbaus über. Viele von ihnen sind auf der Grundlage reichlich fließender Petro-Dollars mächtig aufgebläht worden. Die Zersplitterung der arabischen Nation wurde durch den langgezogenen und verzerrten Prozeß der arabischen Revolution verstärkt. Von Algerien bis nach Jemen wurde die Revolution vorangetrieben, aber in jedem einzelnen Fall stieß die Revolution an ihre objektiven Grenzen, weil keine bewußte marxistische Kraft vorhanden war. Schließlich wurden bürgerliche Militärdiktaturen errichtet, die jedoch teilweise durch wirtschaftliche und politische Zwänge dazu getrieben wurden, im Sinne der revolutionären Hoffnungen der Massen Schritte gegen die imperialistische Vorherrschaft einzuleiten. In Syrien und Süd-Jemen wurden in diesem Prozeß die Grenzen des Kapitalismus überschritten und stark deformierte stalinistische Regimes errichtet. Vor kurzem vereinigte sich Süd-Jemen mit dem reaktionären, religiösen Staat Nordjemen, und Syrien scheint von der Sowjetunion so weit „ausgehungert“ zu werden, daß es jetzt eine Wiederannäherung an den US-Imperialismus sucht.

In Irak brachten Militärputsche unter der Führung des rechten Flügels der Baath-Partei 1963 und 1968 reaktionäre Offiziere an die Macht, die die KP zerschlagen ließen.

5000 KP-Mitglieder wurden 1963 von den Baathisten im Zusammenspiel mit der CIA umgebracht. Trotzdem zwang 1964 die zugespitzte Wirtschaftskrise das Regime, die Banken und einen Teil der Industrie zu verstaatlichen – nämlich die Branchen Zement, Öl, Asbest, Zigaretten, Papier, Seife und teilweise Schuhe und Textilien. Saddam persönlich war am Baath-Putsch von 1968 beteiligt. Dieser 68er Putsch leitete weitere Schritte gegen den Imperialismus ein. 1972 wurde die „Iraqi Petroleum Company“, ein Konsortium britischer, französischer, amerikanischer und deutscher Monopole, verstaatlicht. Gleichzeitig wurde die KP in die Regierung einbezogen, wobei sich das Regime außenpolitisch mehr an die Sowjetunion anlehnte. Als sich das OPEC-Kartell herausbildete und die Ölpreise stiegen, sah sich das Regime darin ermutigt, weitere demagogische „anti-imperialistische“ Schritte einzuleiten.

Die Öleinnahmen beliefen sich 1972 auf 570 Millionen Dollar. Innerhalb von zwei Jahren hatten sie sich auf 5700 Dollar verzehnfacht und bis 1980 wurde auf der Grundlage gesteigerter Preise und Produktion ein Höhepunkt von 26,5 Milliarden erreicht. Diese gesteigerten Öleinnahmen wurden verwendet, um staatliche Gelder in den Privatsektor in Form von Investitionen, Subventionen und Beihilfen fließen zu lassen. Dies führte zusammen mit Steuererleichterungen, striktem Protektionismus, Abbau des staatlichen Außenhandelsmonopols und der Preiskontrollen bei Lebensmitteln zu einer immensen Bereicherung der Kapitalisten. Bis 1980 gab es in Irak 700 Multimillionäre auf Dinar-Basis. Während des iranisch-irakischen Krieges in den 80er Jahren wurde zur Einnahmevergrößerung viel Staatsbesitz privatisiert – so etwa der internationale Flughafen, Pepsi-Cola, Textilbetriebe, Zementfabriken, Reifenfabriken und Hühnerfarmen. Der Takriti-Clan von Saddam Hussein benutzte den Staat als Milchkuh, um sich Grundstücke unter den Nagel zu reißen und die Vorherrschaft über die Textil- und Bekleidungsindustrie zu sichern.

Die militärische Krise

Saddam Husseins Regime steuerte am Vorabend der Invasion einer Katastrophe entgegen. Der Krieg gegen den Iran hatte 300 Milliarden Dollar verschlungen. Der Wert der irakischen Ölexporte war von 26 Milliarden Dollar (1980) auf 14 Milliarden Dollar (1989) gesunken. Die Schulden hatten sich auf 70 bis 80 Milliarden Dollar angehäuft. Die Inflationsrate lag bei ca. 300%. In dieser Lage entwickelten sich wirtschaftliche Zerrüttung und wachsende Unruhe, die sich nach der Demobilisierung der zwei Millionen Mann starken Armee sehr leicht in eine Revolution hätte entladen können.

Die in Kuwait und den anderen reichen Golfstaaten herrschenden Regimes waren bei den arabischen Massen verhaßt. Das rechnerische „Pro-Kopf“-Einkommen in Höhe von 13.000 Dollar war in den Händen einiger Feudalfamilien konzentriert. Die 650.000 Kuwaitis stellen nur 27% der Gesamtbevölkerung dar; 300.000 Palästinenser und über eine Million asiatische Gastarbeiter (davon 75.000 Haushaltshilfen aus Sri Lanka) haben keinerlei demokratische Rechte. Wahlberechtigt bei der Wahl des Scheinparlaments des

Emirs waren bisher nur 60.000 Kuwaitis. Die Schiiten, die 30% der Gesamtbevölkerung darstellen, wurden unterdrückt. Selbst gebildete nicht-kuwaitische Araber wurden von den arroganten Scheichs als Bürger 2. Klasse behandelt.

Als Agenturen des Westens hatten Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) unter Mißachtung von OPEC-Quoten künstlich die Ölproduktion hochgedreht, um die Ölpreise niedrig zu halten. Sie hatten im irakisch-iranischen Krieg notgedrungen die irakische Seite unterstützt, weil sie die Folgen der iranischen Revolution fürchteten. Gleichzeitig waren sie jedoch über die wachsende irakische Militärmacht und deren unberechenbare Politik zunehmend alarmiert. Die Politik der niedrigen Erdölpreise war sowohl ein Dienst für den Imperialismus wie auch ein bewußter Versuch, die Macht sowohl von Iran wie auch Irak zu begrenzen.

Saddam war darauf angewiesen, unbedingt die Ölpreise nach oben zu drücken. Vor allem jedoch brauchte er angesichts der zugespitzten innenpolitischen Krise ein außenpolitisches Ablenkungsmanöver. Beim irakischen Volk bestand großer Haß auf die Millionäre und Ölscheichs aus Kuwait, die mit ihren Mercedes-Limousinen auf Einkaufsfahrt nach Bagdad oder Basra rüberkamen, weil der Wechselkurs ihnen billige Einkaufsmöglichkeiten eröffnete. Man war und ist sich im irakischen Volk der Tatsache bewußt, daß Hunderttausende irakischer Jugendlicher als Soldaten ihr Leben im Krieg geopfert hatten, um die Reichtümer dieser kuwaitischen Millionäre vor einem Überschwappen der iranischen Revolution zu schützen.

Irak forderte eine offizielle Streichung seiner Schulden gegenüber Kuwait, ebenso die Überweisung von 2,4 Milliarden Dollar Erlös aus dem Verkauf von Öl aus dem gemeinsamen Fördergebiet Rumelilah sowie 14 Milliarden Dollar Ausgleichszahlung von Kuwait und den VAE für deren Öl-Überproduktion. Es kam sogar so weit, daß Kuwait unter irakischem Druck bereits die Hälfte der geforderten Erdöl-Erlöse bezahlte und nicht auf die weitere Rückzahlung der Schulden drängte. Aber angesichts wachsender innenpolitischer Krise und angesichts der Versuchung, die Ölquellen, Zugang zum Golf über die umstrittenen Inseln sowie ausländischen Besitz in Höhe von 100 Milliarden Dollar zu erringen, entschied sich Saddam Hussein für den Einmarsch nach Kuwait. Er hatte guten Grund zur Annahme, daß auch dieser Schritt nichts am bisherigen Wohlwollen der USA ihm gegenüber ändern würde, und ging davon aus, daß seine Gönner im Kreml ihm aus der Patsche helfen würden, falls irgendetwas schiefgehen würde.

In der Tat war der US-Imperialismus bereit, die irakischen Drohungen gegenüber Kuwait einschließlich des Militäraufmarsches mit eiskaltem Schweigen zu übergehen. Die US-Regierung dachte, daß mit dem Truppenaufmarsch das halbe Ölfeld sowie die umstrittenen Inseln eingenommen werden sollten – was seitens der USA stillschweigend geduldet worden wäre. Die amerikanische Botschafterin sagte noch wenige Tage vor der Invasion zu Saddam: „Seitens der USA gibt es keine spezielle Haltung zu einem innerarabischen Konflikt wie Ihren Grenzstreitigkeiten mit Kuwait.“ Als es dann aber so weit war, geriet die US-Diplomatie wegen der vollständigen Angliederung Kuwaits völlig aus dem Häuschen. Sie konnte nun die Konzentration von so viel Macht in Saddams Händen, so viel Kontrolle über die weltweit wichtige Ölproduktion und die potentielle Bedrohung für die saudiarabischen Ölfelder nicht mehr tolerieren. In den

ersten Tagen nach der Angliederung Kuwaits hätte Saddam Hussein ohne weiteres Saudi-Arabien einnehmen können, aber er hielt sich zurück, weil er sich im Klaren darüber war, daß dies mit absoluter Sicherheit einen Krieg mit den USA bedeutet hätte.

Selbst in den Zeiten des amerikanischen Vietnamdebakels, als die Hände des US-Imperialismus vom eigenen Volk gebunden wurden, haben Marxisten vorausgesagt, daß der US-Imperialismus im Falle einer Bedrohung der arabischen Ölfelder mit vollen Kräften intervenieren würde. Dies gilt umso mehr in der gegenwärtigen Euphorie der Imperialisten über den Zusammenbruch des Stalinismus. Nach anfänglichem Zögern wurde sich Bush über die Auswirkungen, die mögliche Explosion der Ölpreise und den möglichen Prestigeverlust der USA bewußt; unter dem Einfluß von Thatchers Ratschlägen begann er, Kriegsvorbereitungen zu treffen. Unter solchen Umständen kam es zwangsläufig zu einer massiven Truppenkonzentration der USA in der Region.

Diese Krise verdeutlicht, daß der Zusammenbruch stalinistischer Regimes das so mühsam entwickelte internationale Kräftegleichgewicht durcheinandergebracht hat und somit eine neue Phase globaler Instabilität angebrochen ist. Eine starke und selbstbewußte Bürokratie im Kreml hätte wahrscheinlich durch starken Druck und scharfe Kontrolle über Saddam Hussein den Ausbruch der Krise verhindert. Selbst wenn der Kreml vor vollendete Tatsachen gestellt worden wäre – wie etwa im Falle von Nassers Verstaatlichung des Suez-Kanals oder Castros verzweifeltem Bruch mit dem Kapitalismus – hätte die sowjetische Bürokratie entschlossen eingegriffen, um einer amerikanischen Intervention entgegenzuwirken, und sei es auch nur im Interesse diplomatischen Prestiges und eigener Machtpolitik.

Doch heutzutage ist die Sowjetbürokratie eine offen und ausdrücklich konterrevolutionäre Kraft geworden, die in dieser Krise offen mit dem Imperialismus kollaboriert. Sie hat Osteuropa abgeschlossen, war mit der Einverleibung der DDR durch die BRD einverstanden und hat Schritte in Richtung kapitalistischer Restauration in der Sowjetunion selbst eingeschlagen. Die Bolschewiki hatten seinerzeit den Geheimvertrag zwischen Sykes und Picot im Auftrag des anglo-französischen Imperialismus offengelegt, der eine Aufteilung der arabischen Nation in verschiedene Einflußsphären mit sich brachte und somit der Entwicklung des arabischen Nationalismus mächtige Impulse verlieh. Doch jetzt hat die Sowjetbürokratie unter dem Druck des US-Imperialismus den Irak einfach fallengelassen und so auf schamlose Weise kapituliert. So wundert es nicht, daß Bush und Baker Gorbatschow so über alle Maßen hochleben ließen, während sie noch vor kurzem Reagan mit seiner Beschreibung der Sowjetunion als „Reich des Bösen“ zujubelten.

Der US-Imperialismus besteht mindestens auf einem sofortigen, bedingungslosen Truppenabzug aus Kuwait. Die Aneignung der kuwaitischen Ölfelder bedeutet, daß Irak etwa ein Fünftel der weltweiten Ölreserven, etwa 200 Milliarden Barrel, kontrolliert. Wenn Saddam noch zusätzlich Saudi-Arabien besetzt hätte, hätte er 45% der weltweiten Ölreserven kontrolliert. Der US-Imperialismus könnte eine solche dauerhafte Bedrohung seiner Ölversorgung niemals tolerieren.

Wenn der US-Imperialismus nicht von der Invasion überrascht worden wäre, hätte er vorbeugende Schritte einleiten und in Ruhe ein Abkommen zusammenzimmern können, um Saddam Hussein zu beschwichtigen. Jetzt aber ist er mit einem militäri-

schen Ultimatum konfrontiert und muß befürchten, sein Prestige in aller Welt zu verlieren. Eine öffentliche Zustimmung zu Saddam's Forderungen würde nun die USA demütigen und ihr weltweites Ansehen untergraben. Dies können die USA vor allem auch im Hinblick auf die Folgen für ihre Position in der kolonialen Welt nicht zulassen. Andererseits kann auch Saddam nicht den Rückzug antreten, ohne weitreichende Zugeständnisse herausgeholt zu haben – vor allem nachdem er sich am Ende eines achtjährigen Krieges gegen den Iran allen iranischen Forderungen unterworfen hatte.

Der US-Imperialismus hat mit Erfolg ein Handels- und Kreditembargo, das mit einer massiven Luft- und Seeblockade abgesichert wird, über den Irak verhängt und alle irakischen und kuwaitischen Guthaben einfrieren lassen. Diese Maßnahmen haben sich bislang als wirksamer als die in der Vergangenheit über Rhodesien und Südafrika verhängten oberflächlichen Sanktionen erwiesen. Alle imperialistischen Mächte stimmen darin überein, daß es ihre lebensnotwendigen Öinteressen gegenüber der irakischen Bedrohung zu verteidigen gilt. Gleichzeitig fürchten die pro-westlichen Regimes in Nahost, daß die von Saddam Hussein demagogisch aufgeworfenen antiimperialistischen und panarabischen Phrasen ihren Sturz beschleunigen könnten. Die Erdöl-Pipelines durch die Türkei und Saudi-Arabien sind vorläufig stillgelegt worden und das syrische Regime hat es abgelehnt, eine weitere, schon vor einiger Zeit stillgelegte Pipeline wieder in Betrieb zu setzen. Die (erzwungene) Einstellung irakischer Ölexporte und die Unterbrechung der Kreditzahlungen hat den irakischen Zahlungsverkehr mit dem Ausland unterbrochen. Ebenso wurde die sowjetische Militärhilfe eingestellt.

Trotzdem können Wirtschaftssanktionen langfristig nie eine entscheidende Auswirkung haben. Kein Boykott kann auf Dauer im Wesentlichen aufrechterhalten werden. In diesem konkreten Falle sind schon laufend über die iranische, türkische und jordanische Grenze Waren geliefert worden, was das Embargo untergräbt. Irak hat für mehrere Monate Lebensmittelreserven, und ein krasser Mangel an lebensnotwendigen Ersatzteilen würde nur im Kriegsfall wirklich schmerzhaft spürbar werden – und dann würde die ganze Angelegenheit sowieso auf anderer Ebene ausgetragen werden. Daher erscheint es als unwahrscheinlich, daß diplomatischer oder wirtschaftlicher Druck die Krise lösen kann.

Allerdings könnten die militärischen, wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen eines Krieges so drastisch sein, daß der Imperialismus sich auf einem „Neuland“ befinden könnte. Die Strategen der amerikanischen herrschenden Klasse hoffen auf ein Wunder – etwa einen irakischen Abzug unter dem Druck der Sanktionen oder einen Putsch in Bagdad, der ihnen einen Rückzug in Ehren ermöglichen würde. Doch solche Hoffnungen werden kaum Wirklichkeit werden. Entscheidende nationale Konflikte können nie alleine mit wirtschaftlichen Sanktionen gelöst werden. Ein Sturz Saddam Husseins noch vor einem Krieg ist nahezu ausgeschlossen. Der achtjährige Krieg hat sicherlich dazu beigetragen, Saddam an der Macht zu halten. Die Feindschaft der USA gegenüber Diktatoren in der „3. Welt“ hat auch anderswo deren Stabilität nicht beeinträchtigt: Caddafi ist seit 21 Jahren an der Macht, Assad seit 25 Jahren und Castro seit 31 Jahren. Im Gegenteil: der Militäraufmarsch des Imperialismus und die Besetzung der arabischen Gebiete durch Hunderttausende ausländischer Soldaten hat bei den arabischen Massen eine Wut auf den Imperialismus aufkommen lassen, die Saddam gekonnt

ausgenutzt hat, wobei sogar Bevölkerungsteile auf seiner Seite stehen, die ihn bislang haßten.

Auf jeden Fall würde – außer im Falle eines sich abzeichnenden amerikanischen Sieges – auch ein anderes Militärregime im Irak kaum eine grundlegend andere Politik als Saddam einschlagen können. Auch ohne Saddam würde es sich immer noch um die Spitze einer riesigen Militärmaschinerie mit biologischem, chemischem und vielleicht auch nuklearem Arsenal handeln. Nur aus den Ruinen einer militärischen Eroberung heraus – wenn der Irak gedemütigt am Boden läge – wäre ein Marionettenregime á la Quisling vorstellbar. Schließlich konnte in Ägypten erst nach den Niederlagen von 1967 und 1973 ein offen pro-imperialistisches Regime etabliert werden.

Selbst wenn Irak sich aus Kuwait zurückziehen würde, was vor dem Ausbruch kriegereischer Handlungen als unwahrscheinlich erscheint, wäre es undenkbar, daß sich die USA bei einer derartigen Zusammenballung militärischer Macht damit abfinden würden. Der US-Imperialismus würde permanente Garantien, vielleicht sogar eine permanente Truppenpräsenz in der Region fordern. Das wirkliche strategische Ziel der USA müßte es sein, die riesige militärische Macht Iraks zu zerschlagen, bevor es zu einem noch größeren Konflikt kommt, bei dem der Einsatz von Atomwaffen und die Vernichtung Israels, der Hauptagentur der USA in dieser Region, möglich wären.

Es ist durchaus vorstellbar, daß die USA einen Vorwand für den Angriff schaffen werden, sobald genug Kräfte in der Region aufgeföhren sind. Die US-Generäle können es sich nicht leisten, ihre Truppen auf Dauer in der Wüste verkommen zu lassen. Sobald sie sich bereit fühlen, können sie einen passenden Zwischenfall konstruieren – vielleicht aufgrund eines Versuchs, die Blockade zu umgehen oder aufgrund der Geiselfrage – so wie sie es auch in Vietnam im Golf von Tonking machten.

Der US-Imperialismus baut seine Truppenstärke auf mindestens 300.000 Mann Heer und eindrucksvolle Luftwaffen- und Flottenstärke aus. Dazu kommen noch die Hilfstuppen des britischen und französischen Imperialismus und die symbolischen Einheiten anderer Länder (insgesamt immerhin 100.000 Mann). Offensichtlich ist der US-Imperialismus immer noch die schreckenerregendste Militärmacht, die die Welt jemals gesehen hat, und daher erscheint auf der rein militärischen Ebene ein amerikanischer Sieg als nahezu sicher. Allerdings wird es sich – anders als in Grenada oder Panama – nicht als einfacher Spaziergang gestalten. Irak hat eine riesige Militärmaschinerie herausgebildet: die fünfgrößte Armee der Welt (eine Million Soldaten und eine Million Reservisten) verfügt über 5000 Panzer, höchstentwickelte Kampfflugzeuge und Kampfbomber, Chemiewaffen und Raketensysteme, U-Boote, Artillerie und eine hochentwickelte eigene elektronische und Rüstungsindustrie sowie nicht zuletzt Erfahrung aus acht Jahren Wüstenkrieg. Noch vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten sind bei den Amerikanern schwerwiegende technische, logistische und moralische Probleme aufgetaucht. Computerteile schmelzen in der Wüstenhitze, Sand setzt sich in das Getriebe der Waffen und die Truppe vegetiert unter unmenschlichen Bedingungen vor sich hin.

Die Generalstabschefs der US-Truppen gehen davon aus, daß es selbst bei einem kurzen Krieg mindestens 30.000 Tote geben könnte, vielleicht sogar 100.000 – verglichen mit den 500.000 amerikanischen Todesopfern aus dem 13jährigen Vietnamkrieg. Die Kampfmoral der in der saudiarabischen Wüste stationierten Truppe ist schon sehr

niedergedrückt. Es sind Soldaten zitiert worden, die die Frage gestellt haben, warum sie ihre Leben lassen müssen, nur damit das Öl billig bleibt. Selbst daheim in den USA ist die Stimmung nicht so chauvinistisch wie zu Beginn des Vietnamkrieges oder auch wie bei den letzten Operationen in Grenada, Libyen, Libanon und Panama. Ein längerer Krieg mit schweren Menschenopfern würde die US-amerikanische Gesellschaft stark radikalisieren, noch stärker als zur Zeit des Vietnamkrieges, genau weil erstmals Krieg und Rezession zusammenfallen würden. Angesichts des überaus starken Gewichts der Schwarzen und Hispanos in der US Army könnte ein Krieg neue Aufstände in den Ghettos der amerikanischen Metropolen auslösen. Ebenso würden in Frankreich und Großbritannien, die auch viele Soldaten verlieren würden, massive Anti-Kriegs-Bewegungen ausbrechen.

Unter diesen Umständen haben einige der Strategen des Imperialismus erkannt, daß die Konsequenzen des Krieges für den US-Imperialismus katastrophal wären: Todesopfer, wirtschaftliche Rezession und innenpolitische Anti-Kriegs-Bewegung, ganz abgesehen von wachsender Gärung und Aufruhr in Nahost. Vor diesem Hintergrund kann das Zustandekommen einer friedlichen, einer Verhandlungslösung immer noch nicht ganz ausgeschlossen werden. Bush, Hurd und Mitterrand haben darauf angespielt, daß sie sich eine friedliche Lösung nach einem irakischen Truppenabzug aus Kuwait vorstellen könnten – was allerdings eine durch einen militärischen Aufmarsch von 300.000 Soldaten erzwungene „Lösung“ wäre. Der französische Imperialismus strebt eine friedliche Lösung an: Schließlich hat er traditionellerweise Nordafrika beherrscht. Er hat viele Investitionen und Besitz im Irak sowie zwei Millionen arabische Gastarbeiter im eigenen Land. Auch die Sowjetbürokratie fürchtet jegliche Bedrohung der globalen Stabilität und speziell die Auswirkungen eines Krieges auf ihre in Bewegung geratene moslemische Bevölkerung. Allerdings zeichnet sich bisher keine substantielle Basis für eine Verhandlungslösung ab. Derzeit erscheint ein Krieg als die wahrscheinlichste Variante.

Wenn die kriegerischen Handlungen erst einmal begonnen haben, könnte es einen bitteren Kampf um Kuwait-City geben. Wenn hierbei die irakischen Truppen vertrieben worden wären, könnte Saddam sie auf die alten irakischen Grenzen hin zurückziehen und vielleicht die Inseln und einen Teil des Ölfeldes behalten, gleichzeitig aber auch mit einem Angriff auf die saudi-arabischen Ölfelder drohen, um die USA von einem Einmarsch abzuschrecken. Theoretisch ist es nicht ausgeschlossen, daß es zu einem Friedensabschluß kommt, noch bevor der Krieg so weit ausufert. Als wahrscheinlicher erscheint es allerdings, daß der US-Imperialismus versuchen würde, seine Eroberungen auszubauen; er ist daran interessiert, die irakische Militärmaschinerie vollständig zu zerschlagen und der gesamten Region eine vertraglich festgeschriebene Lösung zu diktieren. Was auch immer der konkrete Ausgang des Krieges sein mag – das Ende vom Lied kann nur heißen – daß die Instabilität vervielfacht wird.

Wirtschaftliche Folgen der Krise

Das Thema dieses Krieges wird nicht das Recht kleiner Nationen sein, sondern die fortgesetzte Versorgung der kapitalistischen Metropolen mit billigem Öl.

Der achtjährige Aufschwung seit 1982 war ursprünglich durch die enormen Rüstungsausgaben von ca. 2000 Milliarden Dollar durch die US-Regierung angekurbelt worden. Falls es am Golf zum Krieg kommt, ist die Tatsache, daß dies paradoxerweise mit einer Rezession einhergehen wird, teilweise auf die außerordentliche Aufstockung von Waffen zurückzuführen, die schon stattgefunden hat; der Rüstungsboom, der normalerweise einen Krieg begleitet, hat in diesem Fall weitestgehend vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten stattgefunden. Dies erklärt natürlich auch das große Haushaltsdefizit, das, indem es die Zinsen nach oben drückt, zusammen mit dem Risiko steigender Preise für Öl und andere Rohmaterialien die Gefahr einer Rezession steigert.

Ein Hauptfaktor des Aufschwungs war der kolossale Betrag, der aus der kolonialen Welt gepreßt wurde: Ein Netto-Transfer von Ressourcen – sowohl in Form von Zinszahlungen auf angehäuften Schulden als auch durch eine Verschlechterung der Terms of Trade – der auf 37,6 Milliarden Dollar 1988 und 42,9 Milliarden Dollar 1989 anstieg. Nicht unbedeutend hierfür war der dramatisch gesunkene Ölpreis, der 1986 auf 8 Dollar pro Barrel gefallen war und der bereinigt noch nicht einmal heute, mit 40 Dollar pro Barrel, mitten in der Golfkrise, annähernd so hoch ist wie 1980.

Die Einkünfte aus Öl im Nahen Osten fielen von 220 Milliarden Dollar 1980 auf 60 Milliarden Dollar 1986. Ausgedrückt in Kaufkraft für Industriegüter heißt das: Öl verlor zwischen 1980 und Juli 1990 die Hälfte seines Wertes.

Als eine Auswirkung der Ölkrisen 1973–75 und 1979–82 investierten die Metropolen in den Ausbau der einheimischen Ölproduktion (z.B. in Alaska und der Nordsee) und griffen teilweise auf andere Energiequellen zurück, um ihre Abhängigkeit vom Ölimport zu verringern. Die USA und Europa haben den Verbrauch von Öl pro Produktionseinheit seit 1979 um über 30% reduziert, Japan um 40%. Diese Faktoren, unterstützt durch Risse im Zusammenhalt des OPEC-Kartells, führten zu einem starken Absinken der Ölpreise. Während der nachfolgenden Jahre der übersättigten Ölmärkte wuchs jedoch aus Bequemlichkeit die Abhängigkeit vom Öl wieder. Der weltweite Energieverbrauch stieg – in Öl ausgedrückt – von 11 Millionen Barrel pro Tag 1900 auf 31,5 Millionen Barrel pro Tag 1950, auf 162 Barrel pro Tag 1988, und der weltweite Ölverbrauch 1989 betrug 64,7 Millionen Barrel pro Tag, immer noch höher als die 62,1 Millionen Barrel pro Tag 1980. Ein weiterer Faktor ist die Tatsache, daß auch die OECD-Länder Energiebestände aufgestockt haben. Die ihnen zugänglichen Ölreserven sind sechsmal so groß wie 1979 und würden 99 Tage reichen.

Beim Ausbruch der Krise betrug der Ölpreis 16 Dollar pro Barrel, zum jetzigen Zeitpunkt (im Oktober 1990) ist der Ölpreis auf 40 Dollar pro Barrel angestiegen und die Weltbank schätzt, daß er im Kriegsfall auf mindestens 65 Dollar und möglicherweise weit darüber ansteigen wird. Selbst dies jedoch ist eventuell nicht so ernst wie die letzte Ölkrise. Inflationsbereinigt würde die Preisspitze von 40 Dollar 1980 heute 80 Dollar bedeuten.

1973 brachte der arabisch-Israelische Krieg den Preis für Rohöl aus dem Persischen Golf von 1,80 Dollar 1971 auf 11,65 Dollar. Dies löste eine Rezession aus, deren zugrundeliegende Ursache der Fall der Profitrate und eine steigende Inflation waren. Die iranische Revolution 1979 brachte den Ölpreis bis 1982 auf 40 Dollar, wodurch wiederum eine Rezession ausgelöst wurde.

1974-75 erreichte die durchschnittliche Inflation in den OECD-Ländern 13,5%, dreimal so hoch wie im Jahrzehnt vorher. Die Arbeitslosigkeit stieg von 9 Millionen 1973 auf 15 Millionen 1975. Zusammengekommen betrug der Wachstumsrückgang Mitte der 70er Jahre 7%, 1979-82 5%. Schienen die Strategen des Kapitals früher von apokalyptischen Alpträumen über die wirtschaftlichen Folgen der Krise verfolgt, so scheinen sie alarmierend zuversichtlich geworden zu sein. Aber das Argument, daß die wirtschaftlichen Folgen weniger ernst sein würden, weil der erwartete Ölpreisanstieg heute verhältnismäßig niedriger sein wird als 1973 und 1979 – daß der Preis auf 50 Dollar pro Barrel klettern müßte um dieselben Probleme zu machen wie 1979 und auf 120 Dollar oder mehr um denselben Schaden zu verursachen wie 1973 – ist falsch. Falls sich der Preis bei ca. 25 Dollar pro Barrel stabilisiert, ließen sich die Auswirkungen auf die führenden kapitalistischen Wirtschaften in ein oder zwei Prozentpunkten messen. Aber im Fall eines Krieges und eines Angriffes auf die Ölfelder könnte er nach oben schießen. Die USA, Großbritannien, Kanada und Australien standen sowieso kurz vor einer Rezession, selbst ohne die Golfkrise – mit stagnierenden Investitionen, hohen Zinsen und einem Anstieg der Inflation. Diese Wirtschaften sind schon durch jeden Schock verletzlich. Eine sich dahinschleppende Wirtschaft kann selbst von einem geringen Preisanstieg hart getroffen werden – wenn der Felsbrocken erst einmal an den Rand des Abgrunds befördert worden ist, genügt ein Anstoß mit einem Finger, um ihn herunterzustoßen.

Mit zwei Prozent der Weltbevölkerung stellen die USA 1/4 des Welt-Ölverbrauchs. Selbst wenn der Ölpreis sich bei 25 Dollar pro Barrel stabilisiert, würde sich das US-Außenhandelsdefizit nahezu verdoppeln. Gleichzeitig könnten die Kosten für die militärische Aufrüstung das schon unduldbare US-Haushaltsdefizit auf 300 Milliarden Dollar (ca. 5% des Bruttosozialprodukts) verdoppeln – die US-Rüstungsausgaben betragen jetzt schon 43 Millionen Dollar pro Tag. Das würde ein Fortbestehen der hohen Zinsraten bedeuten. Jeder Versuch, ernsthafte Einsparungen beim Staatshaushalt zu machen, könnte selbst die Wirtschaft in die Rezession treiben.

Die wirtschaftlichen Aussichten für die wichtigsten kapitalistischen Wirtschaften sind unterschiedlich. Japans Wirtschaft wuchs um 5,55% in den 12 Monaten bis Ende März 1990 und mit einer Rate von 10% pro Jahr im ersten Quartal dieses Jahres. Die entsprechenden Zahlen für Westdeutschland waren 4,45% und 13,3%. Im Gegensatz dazu wuchs die USA nur um 1,34% pro Jahr im ersten und 1,2% im zweiten Quartal.

Obwohl Japans Abhängigkeit vom Öl zurückgegangen ist, wird Öl doch noch zur Deckung von 60% des japanischen Energiebedarfs gebraucht. Tokyos Börse ist von der Rekordhöhe von 38.915 Punkten im Dezember 1989 um 39% gefallen – der größte Krach seit dem 2. Weltkrieg.

Es wird vorausgesagt, daß Deutschland dieses Jahr mit 58 Milliarden Dollar den höchsten Leistungsbilanzüberschuß der Welt haben wird, wobei es Japan ablöst, das

auf 45 Milliarden Dollar zurückfallen wird. Die DM wird weiter im Kurs hochgetrieben, was teilweise ein Gegengewicht zu den inflationären Auswirkungen von höheren Ölpreisen auf dem heimischen Markt bilden wird. Trotzdem werden die enormen Kosten der deutschen Vereinigung die gegenwärtige Gesundheit der deutschen Wirtschaft untergraben.

Es ist klar, daß eine tiefe Rezession in den USA selbst die Wirtschaft in Japan und in Deutschland ernsthaft niederdrücken würde und, wie Baker gewarnt hat, die Welt in eine Depression stürzen könnte. Anders als 1974-75, als es eine gleichzeitige Weltrezession gab, begann die Rezession 1979-82 mit einem Niedergang der „angelsächsischen“ Wirtschaften. Das hatte verzögerte Auswirkungen auf Deutschland und Japan, die dann wiederum auf die Wirtschaft der USA und Großbritanniens zurückwirkten um diese wieder gerade in dem Augenblick herunterzuziehen, als diese sich von ihrem ursprünglichen Niedergang zu erholen begannen. Es scheint, als würde die anstehende Rezession einen ähnlichen Verlauf nehmen.

Die UdSSR, die 12 Millionen Barrel Öl pro Tag produziert, wird von einem Anstieg des Welt-Ölpreises profitieren, besonders durch die Aufhebung der großen Preisnachteile für die Comecon-Länder vom Januar 1991 an. Jeder Dollar Anstieg des Ölpreises wird der UdSSR zu Extra-Einnahmen von 750 Millionen Dollar pro Jahr verhelfen. Aber die UdSSR wird nicht in der Lage sein, durch eine Steigerung der Ölproduktion Kapital aus der Krise zu schlagen. Wie die Figuren in Spielbergs Film „Gremlins“ haben die stalinistischen Bürokraten ein unvergleichliches Geschick, alles durcheinanderzubringen, womit sie in Berührung kommen. Die Ölindustrie ist – wie der Rest der Sowjetwirtschaft – festgefahren wegen der bürokratischen Unfähigkeit. Getroffen durch eine Kombination von zurückgehenden Reserven, mangelhafter Ausrüstung, Unruhen bei den Industriearbeitern, Engpässen beim Transport und einem Fehlen ernsthafter Energieerhaltung importiert der größte Ölproduzent der Welt heute Benzin und Flugbenzin.

Zusätzlich zu all dem bedeutet das Embargo, daß die UdSSR auch ihre Einfuhren irakischen Rohöls verliert, das sie bisher raffiniert und weiter exportiert hat. Die Öl-Industrie ist völlig unfähig, Gewinn aus dem Preisanstieg zu ziehen, indem sie die Förderung steigert. Die Zahlen für die ersten acht Monate von 1990 zeigen in der Tat einen 5%igen Fall des Ausstoßes, sowohl von Öl als auch von Kohle.

Die Auswirkungen der Krise auf die Länder Osteuropas – die, falls der Prozeß der kapitalistischen Restauration bis zu Ende geführt wird, tatsächlich halb-koloniale Länder sein werden – werden absolut katastrophal sein. Einst lieferte die UdSSR 97% des Öls der CSFR, 70% von Ungarn, 90% von Polen – zum subventionierten Preis von 7 Dollar pro Barrel, auch belieferte sie Ostdeutschland und Bulgarien zu einem ähnlichen Preis, allerdings auf der Grundlage von Warentausch.

Ab Januar 1991 werden die Comecon-Länder sowjetisches Öl zu Weltmarktpreisen kaufen müssen, und darüber hinaus in harter Währung. Bei einem Durchschnittspreis von 30 Dollar pro Barrel werden die Ölimporte 90% der gegenwärtigen Deviseneinnahmen der Tschechoslowakei aufzehren, und 120% der Deviseneinnahmen Bulgariens.

Selbst bevor die Golfkrise die Ölpreise in die Höhe trieb, hätte diese Entscheidung einen heftigen Schlag für diese Wirtschaften bedeutet. Aber sie sie hatten die Auswirkungen durch besondere Abkommen mit dem Irak und Kuwait abgemildert! Sie schlos-

sen ein Abkommen mit dem Irak, Schulden, die dieser während des Krieges mit dem Iran gemacht hatte, in Ölexporten abzugleichen. Im Juli steigerte der Irak seine Öl-Exporte in diese Länder um 500.000 Barrel pro Tag. Jetzt hat das Uno-Embargo diese Lebensader durchschnitten. Hinzu kommt, daß polnische, tschechische, rumänische und bulgarische Militärexporte in den Irak gestoppt werden, genauso Ungarns Vertrag, in Kuwait Raffinerien zu bauen.

Ein besonderes Nato-Treffen kam zu dem Schluß, daß die Golfkrise zu einer katastrophalen Rezession in den Ländern Ost-Europas führen könnte und das Überleben für die „neugeborenen Demokratien“ viel schwerer machen würde. Sie warnten davor, daß „chile-ähnliche“ Regimes entstehen könnten. Illusionen in kapitalistische „Demokratie“ werden grausam zerschlagen werden, und es werden Regimes an die Macht kommen, die schlimmer sind als jene von Horthy, Pilsudski usw.

Die Auswirkungen dieser Krise werden auch unvermeidlich eine neue Phase der kolonialen Revolution einleiten. Es gibt 41 Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 300 Dollar im Jahr (28 davon in Afrika), wo weniger als 10% des Bruttosozialprodukts in Industrie investiert werden und wo die Alphabetisierungsrate weniger als 32% beträgt. Diese Länder schulden ihren Geldgebern 80% ihres nationalen Ausstoßes (69 Milliarden Dollar), und die Rückzahlung allein ihrer Zinsen kostet sie 3 Milliarden Dollar jährlich (ca. 1/3 der Export-Einkommen). Falls sich der Ölpreis bei 25 Dollar pro Barrel bis Ende 1991 stabilisiert, wird das die ärmsten Nationen dieses Jahr zusätzlich 440 Millionen Dollar an Ölimporten kosten, nächstes Jahr 920 Millionen Dollar.

Die Ölproduzierenden Länder der „3. Welt“ (außerhalb des Golfes, d.h. Mexiko, Venezuela, Equador, Trinidad, Algerien, Nigeria, Kamerun, Kongo, Gabun, Indonesien und Malaysia) werden vom Ölpreisanstieg profitieren. Die große Mehrheit der Bevölkerung der kolonialen Welt wird sich jedoch verheerenden Konsequenzen gegenübersehen, die sofort das Bruttosozialprodukt um 0,5% bis 1,5% kürzen werden. Einige besonders hart betroffene koloniale Länder werden die folgenden sein:

Bangladesh ist völlig abhängig vom Öl aus dem Nahen Osten. Überweisungen der 450.000 Arbeiter am Golf machen 1/3 der Deviseneinnahmen aus. 100.000 Pfund pro Tag werden jetzt für Charterflüge ausgegeben, die Flüchtlinge zurückbringen.

Ugandas Ölrechnung wird von 7 Millionen Dollar pro Monat auf 10 Millionen Dollar steigen. Der Preis für Kaffee (der 95% der Deviseneinnahmen ausmacht) ist stark gesunken: Der Umfang von Kaffee-Exporten ist von 144.000 Tonnen 1988 auf 176.000 Tonnen gestiegen, aber die Einnahmen werden 21 Millionen Dollar niedriger sein als letztes Jahr.

Abgesehen vom Ausbleiben der Überweisungen von Arbeitern am Golf mußten die Philippinen den heimischen Ölpreis um erschütternde 34% anheben, wodurch sich die wachsende Drohung eines Militärputsches noch verstärkt.

In den nächsten neun Monaten wird Pakistan zusätzliche 600 Millionen Dollar brauchen, um die steigenden Ölpreise bezahlen zu können, aber es wird gleichzeitig schätzungsweise 400 Millionen Dollar an Golf-Überweisungen verlieren. Der Anstieg der Importkosten und die Verluste bei Exporten in den Golf könnten die geschätzten Gesamtkosten der Krise auf 2 Milliarden bringen.

Indien hat 40% seiner normalen Ölquellen und die Überweisungen von 180.000 Gastarbeitern im Irak und in Kuwait verloren. Es wird auch die 500 Millionen Dollar Schulden des Irak abschreiben müssen. Nimmt man den Anstieg des Ölpreises hinzu, könnte sich das Leistungsbilanzdefizit für 1990-91 um 20% (2 Milliarden Dollar) vergrößern. Die Devisenreserven befinden sich mit 2,9 Milliarden Dollar auf ihrem niedrigsten Stand in den letzten zehn Jahren, sie entsprechen nur den Importen von 49 Tagen.

Durch das Handelsembargo mit dem Irak hat Sri Lanka den zweitgrößten Exportmarkt für seinen Tee verloren. Das geht mit höheren Ölpreisen und einem Verlust an Überweisungen einher. Dies kommt zusätzlich zu den 300.000 Dollar pro Tag, die die Regierung in ihrem Krieg mit den tamilischen Guerilleros auf sich geladen hat. Es geht das Gerücht um, daß die singhalesischen Gebiete bis Weihnachten „unregierbar“ sein werden.

Die Militärausgaben der Entwicklungsländer hatten 1986 160 Milliarden Dollar erreicht, das entspricht 5,5% des Bruttosozialprodukts. Das ist mehr als die Ausgaben für Gesundheit und Bildung zusammengenommen. Augenblicklich finden allein in Afrika zwölf Kriege statt. Außerdem droht ein Krieg zwischen Indien und Pakistan. Auf der Grundlage der enormen Aufrüstung beider Mächte hätte solch ein Krieg heute weit verheerendere Konsequenzen als jene von 1947, 1965 und 1971. Es gäbe eine große Zahl ziviler Opfer, wegen der Bevölkerungsdichte weitaus größer als am Golf. Die beiden wütenden Konflikte im Golf und auf dem indischen Subkontinent würden nur durch den Iran und Afghanistan getrennt, beides nicht gerade sichere Häfen!

Die Gefahr der möglichen Einstellung der Schuldentzahlungen sowohl der osteuropäischen Länder als auch der kolonialen Länder zieht herauf. Dies könnte zusätzlich zum Sparkassen- und Darlehensskandal in den USA das Gespenst eines Bankenzusammenbruchs und finanziellen Chaos in den USA und anderen imperialistischen Ländern hervorrufen. Die Regierungen wären gezwungen einzuschreiten und die Lasten durch Steuererhöhungen auf die Schultern der Arbeiter und der Mittelklasse abzuwälzen und so wiederum die Wirtschaft zu schwächen.

Zusammen mit den oben genannten Faktoren macht dies deutlich, daß ohne eine schnelle und friedliche Lösung der Krise die wirtschaftlichen Folgen verheerend sein könnten.

Folgen für den Nahen Osten

Wenn es zu einem regelrechten Krieg kommt, könnte dies sowohl unter militärischen als auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten katastrophale Folgen haben. Das ernsteste Problem, dem sich der US-Imperialismus im Fall eines Krieges gegenübersehen würde, wäre jedoch ein politisches. Die Präsenz amerikanischer Truppen stellt eine Quelle außerordentlicher Radikalisierung in der ganzen arabischen Welt dar. Sie werden sich dem unnachgiebigen Widerstand der arabischen Massen gegenübersehen.

Letztenendes war es dieser Druck, der Großbritannien und Frankreich zwang, sich vom Suez zurückzuziehen und Frankreich und die USA aus dem Libanon drängte. Selbst wenn die USA einen Krieg mit dem Irak gewinnen würden, so würde dies nur zu Revolutionen, ständiger Unruhe und neuen Kriegen führen. Auf die gleiche Art kam es zu fünf arabisch-israelische Kriegen in den letzten vier Jahrzehnten.

Die Invasion in Kuwait hat alle Herrscher der arabischen Länder in Schrecken vereinigt, von den halb-feudalen Emiren am Golf bis hin zum stalinistischen Regime von Assad in Syrien. Sie gefährdet das langjährige „Gentleman's agreement“, daß das zerbrechliche System der von Imperialisten geschaffenen arabischen Staaten heilig und ihre Grenzen unzerstörbar seien.

Auf der anderen Seite haben die unterdrückten arabischen Massen der ganzen Region und vor allem die extrem stark unterdrückten Palästinenser, die weiterhin das stärkste Symbol arabischer Erniedrigung durch die Hand des Imperialismus darstellen, die Invasion als die langerwartete Kriegserklärung an den Imperialismus und seine verhaßten Anhängerstaaten begrüßt.

Es gab Demonstrationen von Zehntausenden in Unterstützung des Irak in der ganzen arabischen Welt, von Mauretanien bis zum Jemen, einschließlich Sudan, Jordanien, Algerien, Tunesien, Libyen, Somalia und (nach unbestätigten Berichten) in Syrien. Es gab Demonstrationen der Palästinenser in Saudi-Arabien. Es gab Schlangen von Tausenden von Jugendlichen vor den irakischen Botschaften, die sich freiwillig zum Kampf meldeten.

Saddam war gezwungen, sich in seinem Konflikt mit dem US-Imperialismus auf die arabischen Massen zu stützen und er verläßt sich auf die Aussicht von Revolten gegen die verrotteten kollaboratistischen Regimes von Saudi-Arabien, den Emiraten, Jordanien, Tunesien, Marokko usw. sowie gegen das Vasallenregime, das augenblicklich in Ägypten an der Macht ist – nach Israel der zweitgrößte Empfänger von US-Hilfe.

Vom Standpunkt der Palästinenser haben die diplomatischen Angebote der PLO keine Zugeständnisse der Gegenseite erreicht. Die Intifada hat nach heldenhaftem Einsatz die Grenzen erreicht, die ihr durch das nationalistische Programm gesetzt sind, das nicht an die Masse der israelischen Juden appellieren kann. Die Aussicht auf einen direkten Krieg mit den USA hat deshalb die Palästinenser inspiriert. Das kürzliche Massaker an Arabern in Jerusalem hat die Entschlossenheit zum Kampf weiter angespornt. Im Westjordanland folgte ein Generalstreik auf den anderen. Interviews in den besetzten Gebieten förderten Aussagen zu Tage wie: „Das Gefühl des Volkes ist nicht in erster Linie Unterstützung für das irakische Regime oder die Besetzung von Kuwait. Es ist ein Gefühl gegen die USA, die uns vernachlässigt haben... Der irakische Führer wird nun identifiziert mit dem Kampf zwischen den Besitzenden und den Habenichtsen... Es scheint, als sei Saddam Hussein der einzige arabische Führer, der an Taten glaubt und bereit ist, sich Amerika und Israel entgegenzustellen... Es ist ihr Öl, um das sie sich Sorgen machen. Was taten sie, um die israelische Invasion des Libanon zu stoppen? Was haben sie getan bei der blutigen Besetzung des Westjordanlandes?“

Das Überleben des jordanischen Regimes wird durch diese Krise ernsthaft gefährdet. Die Wirtschaft hat die Überweisungen jordanischer Gastarbeiter im Wert von 800 Millionen Dollar verloren, Kuwaits jährlichen Beitrag von 135 Millionen Dollar und die

beiden jordanischen Exportmärkte Irak und Kuwait im Wert von 275 Millionen Dollar pro Jahr. Die Blockade hat zu einer Kapitalflucht geführt, zu Geschäftszusammenbrüchen, und zu einer Arbeitslosenrate von ca. 20%. Jeder Dollar Aufschlag auf den Preis für ein Barrel Öl kostet Jordanien 20 Millionen Dollar.

Die Sanktionen kosten Jordanien 5 Millionen Dollar pro Tag. Jetzt hat Jordanien die Hälfte seiner Lieferungen billigen saudischen Rohöls verloren. 90% der Jordanier, einschließlich der Palästinenser, die die Bevölkerungsmehrheit ausmachen, unterstützen den Irak gegen die USA und sind skeptisch gegenüber der zwiespältigen Haltung, die von König Hussein eingenommen wird, der nur durch den Druck der Massen und der Furcht vor einer lauernden Revolution teilweise davon abgehalten worden ist, seine gewohnte und bevorzugte Rolle als Vasall des amerikanischen Imperialismus zu spielen.

Das iranische Regime wird von widersprüchlichen Tendenzen in alle Richtungen gezogen: eine tiefe Spaltung in den eigenen Reihen, der anti-imperialistische Druck der Massen, Feindschaft gegenüber dem Irak, der bis vor kurzem Feind war, der unerwartete Nutzen des plötzlichen Friedensabkommens mit dem Irak, Furcht vor der Aussicht auf eine Einigung, die dem Irak Zugang zum Golf verschafft, der Wunsch nach einer Annäherung an die USA und das Wissen um die Gefahren durch eine ständige US-Militärpräsenz in der Region. Der Iran hat die Invasion vorsichtig mit der Begründung verdammt, sie sei „unvereinbar mit Stabilität und Sicherheit in der sensiblen Golfregion... und bereite den Grund für die Anwesenheit expansionistischer fremder Kräfte“, aber seine Einstellung, selbst gegenüber der Blockade, geschweige denn gegenüber einem möglichen Krieg, ist zwiespältig.

Die USA investieren 2,3 Milliarden Dollar pro Jahr, um das Mubarak-Regime in Ägypten zu stützen. Diese frühere regionale Macht war durch den massiven militärischen Aufstieg des Irak in den Schatten gestellt worden. Jetzt, als ein Ergebnis der Krise, werden die Überweisungen von ägyptischen Gastarbeitern im Irak von 3 Milliarden Dollar auf 1,5 Milliarden Dollar fallen, und Ägypten wird 17 Milliarden Dollar verlieren, die in irakischen und kuwaitischen Banken investiert waren. Sieben Millionen Ägypter haben irgendwann im Irak gearbeitet und zur Zeit der Invasion waren 800.000 Ägypter im Irak und 100.000 in Kuwait. Die Ägypter hatten angesichts der brutalen Behandlung, die ägyptische Arbeiter letztes Jahr im Irak zu erleiden hatten gute Gründe, das Regime von Saddam zu hassen – viele von ihnen waren geschlagen, ja selbst von arbeitslosen Irakern, die von der Front zurückkehrten, getötet worden. Jedoch selbst dort betrachten laut einer Meinungsumfrage nur 14% den US-Eingriff in dieser Region als akzeptabel, während 86% arabische Sanktionen gegen Saddam befürworten. Mubaraks Zusage, daß Truppen an der Seite der US-Armee kämpfen, könnte sein Regime untergraben, falls ein Krieg ausbricht.

Syrien, das schon 40.000 Truppen im Libanon unterhält und sich wegen reduzierter sowjetischer Hilfe wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber sieht, hat die Gelegenheit genutzt, die Amerikaner um Hilfe zu ersuchen und gleichzeitig dabei zu helfen, seinen Erbfeind Irak zu schwächen, indem es schändlicherweise Saudi-Arabien Truppen zur Verfügung stellt. Assad hat rührenderweise versucht, das hinter dem Hinweis zu verstecken, er wünsche die Aktivitäten der US-Armee „im Auge zu behalten“!

Die Türkei wird 2,5 Milliarden Dollar durch Handelseinbußen verlieren und durch den Ausfall von (durch den Warentausch bezahlten) Rohöllieferungen durch das Unterbrechen der Pipeline. Die türkische herrschende Klasse ist jedoch bereit, diese Härten – weitgehend ausgeglichen durch die USA – auf sich zu nehmen, während sie gierige Blicke auf die Ölfelder von Kirkuk und Mosul wirft. Sie stellt geheime Ansprüche auf ein Gebiet, das gegenwärtig vom Irak besetzt ist und führte auf Saddams Einladung 1983 militärische Angriffe auf die aufständische Bevölkerung des irakischen Teils von Kurdistan durch. Aber die Opposition gegen die Zusammenarbeit der türkischen Regierung mit den USA wächst.

In Israel hat ein drohender irakischer Angriff die in Teilen der jüdischen Bevölkerung vorhandene latente Sympathie für die Intifada verringert und die Rechts-Regierung weiter gestärkt, die eine vorgesehene Kürzung von 25 Millionen Dollar im Rüstungssektor zurückgestellt hat. Die USA bemühen sich verzweifelt, eine israelische Beteiligung an der Operation zu vermeiden, was sofort alle Möglichkeiten einer arabischen Kooperation ungünstig beeinflussen würde, und hat sich zum ersten Mal gewehrt, ihr Veto gegen eine UN-Resolution gegen Israel zu benutzen. Die israelische Regierung ist augenblicklich froh, sich aus dem Konflikt heraushalten zu können. Jedoch bei einem Angriff durch den Irak oder bei einer Revolution in Jordanien, die als Ergebnis die Machtübernahme eines pro-irakischen Regimes hätten, würde Israel militärisch eingreifen und so den Konflikt enorm ausweiten.

In Saudi-Arabien selbst besteht gegen die Monarchie eine Opposition der Hunderttausenden Palästinenser und zwei Millionen Schiiten sowie innerhalb der 75% ausländischer Arbeiter.

Falls es zum Krieg kommt und die Amerikaner die Zivilbevölkerung von Bagdad bombardieren, dann werden nur wenige arabische Regimes in der Lage sein, der revolutionären Flut, die die ganze Region überschwemmen wird, zu widerstehen.

(10.10.1990)

Wie steht VORAN zum Golfkonflikt?

Bush redet vom Kampf für „Freiheit und Demokratie“. Was er in Wirklichkeit verteidigt, ist die Herrschaft seiner Marionettenregimes in den reichen Ölstaaten, um die Versorgung mit billigem Öl zu sichern. Die UNO ist nur ein Deckmantel für die Interessen der Westmächte.

Die Stationierung von bald über 400.000 Soldaten in Arabien ist nicht nur ein Angriff auf den Diktator Saddam Hussein, sondern vor allem auch eine Maßnahme, um die dauerhafte Vorherrschaft der USA im Nahen Osten zu sichern. Dies ist eine Provokation der arabischen Bevölkerung, die zum großen Teil einen berechtigten Haß auf die USA hat. Das arabische Volk will die künstliche Trennung durch die vom britischen Imperialismus gezogenen Grenzen abschaffen und sich von Ausbeutung und Unterdrückung befreien.

Der Einmarsch des Irak in Kuwait war jedoch abzulehnen. Er hatte nur die Sicherung der Interessen Saddams und der Herrschenden im Irak zum Ziel. Die irakischen Massen werden nichts vom neuen Reichtum bekommen, statt demokratischer Rechte gibt es brutale Unterdrückung in Irak und Kuwait. Trotzdem ist die Aufhebung der künstlichen Grenze zwischen Irak und Kuwait und der Sturz der Monarchie ein Fortschritt.

Die „Befreiung“ Kuwaits durch die USA würde nur ein neues Marionettenregime bringen. Bush will die Unterdrückung durch König Saud in Saudi-Arabien und die Herrscher der Vereinigten Emirate aufrechterhalten und kämpft für die Rückkehr von Sabah, Emir von Kuwait. Deshalb lehnen wir nicht nur alle militärischen Aktionen der Westmächte, sondern auch die wirtschaftlichen Sanktionen gegen das irakische Volk ab.

Die Diktatur Saddam Husseins sowie alle Diktaturen der Region müssen vom eigenen Volk, durch die Arbeiterbewegung gestürzt werden. Der Reichtum, der bisher in den Taschen einer kleinen Oberschicht und der westlichen Ölkonzerne verschwindet, muß zum Nutzen der einfachen Bevölkerung eingesetzt werden. Dazu ist die Entelgung der Öl-Milliardäre sowie die Verstaatlichung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und der Aufbau einer demokratisch geplanten Wirtschaft nötig. Auf dieser Grundlage könnten in einer Föderation sozialistischer Staaten des Nahen Ostens die demokratischen Rechte und die Rechte nationaler Minderheiten gesichert werden.

Unsere Forderungen:

- Gegen jede Intervention der Westmächte im Nahen Osten (ob unter dem Deckmantel der UNO oder nicht). NATO-Truppen raus aus dem Golf, keine Bundeswehr in den Golf oder in die Türkei.

- Schluß mit den Wirtschaftssanktionen gegen das irakische Volk.

- Unterstützung der irakischen Arbeiterbewegung im Kampf gegen Saddam Husseins Diktatur und für echte, auch wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Imperialismus durch SPD und Gewerkschaften.

- „Diesem System keinen Mensch und keinen Groschen“ – diese alte Parole der Arbeiterbewegung sollten SPD und Gewerkschaften heute umsetzen. Die SPD muß sich gegen eine Grundgesetzänderung stellen, die einen Einsatz der Bundeswehr im Golf und anderswo ermöglichen würde (siehe Kasten auf nächster Seite), sowie die Zustimmung zu Kohls finanzieller Unterstützung für Bush verweigern. Aktionen gegen die Kriegsvorbereitung, wie gewerkschaftliche Maßnahmen zur Behinderung des Nachschubs und der Truppentransporte, Protestdemonstrationen und demokratische Aufklärungsarbeit unter den Soldaten sollten durchgeführt werden.

- Für den Sturz aller Diktaturen durch die arabischen Arbeiter und Bauern und den Aufbau einer Föderation demokratischer sozialistischer Staaten des Nahen Ostens, die die Rechte aller Völker (einschließlich Kurden, Palästinenser und Israelis) garantiert.

Gegen jede Operation außerhalb des NATO-Gebietes

SPD-Parteitagbeschuß von 1988
zum Einsatz der Bundeswehr

Artikel aus VORAN Nr. 123 von Angela Bankert, Jungsozialistin aus Köln

SPD-Kanzlerkandidat Lafontaine und andere zeigen zunehmend Bereitschaft, eine Grundgesetz-Änderung mitzutragen, die den Bundeswehreinsatz im Rahmen der UNO ermöglichen soll. Dies verstößt eindeutig gegen den erklärten Willen der Partei.

Im Vorfeld des Münsteraner Parteitages 1988 hatte die Kohl-Regierung schon einmal versucht, das Operationsfeld der Bundeswehr auszuweiten. Auch damals ging es im Zusammenhang mit dem Golfkrieg und der Verlagerung von US-Schiffen aus dem Mittelmeer in den Golf darum, deutsche Schiffe ins Mittelmeer zu entsenden. Dies sollte die Schwelle für einen weitergehenden Einsatz senken.

Die SPD-Bundestagsfraktion vertrat die Ansicht, daß für Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes eine Grundgesetz-Änderung nötig sei, was die Bundesregierung damals bestritt. Die SPD-Fraktion war jedoch gewillt, über eine GG-Änderung für Einsätze unter UNO-Flagge mit sich reden zu lassen. In diese damals aktuellen Debatte griff der Parteitag mit der Verabschiedung eines Initiativantrages ein, durch den die Fraktion zurückgepfiffen wurde. Die entscheidende Passage des Parteitagbeschlusses lautet:

„Jeglicher militärischer Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Vertragsbereiches des Bündnisses ist verfassungsrechtlich unzulässig. Die SPD wird sich jedem Versuch widersetzen, den bisher in dieser Frage bestehenden Konsens aller Parteien und Regierungen in Frage zu stellen. Selbst die Beteiligung der Bundeswehr an friedenssichernden Aktionen der Vereinten Nationen würde eine Ergänzung der Verfassung erfordern. Wir lehnen eine solche Beteiligung ab.“

Über den letzten Satz, mit dem auch ein UNO-Einsatz abgelehnt wird, gab es eine längere Debatte auf dem Parteitag, in der u.a. Voigt, Gansel, Bahr die Möglichkeit der Verfassungsänderung offenhalten wollten und für die Streichung dieses Satzes eintraten. Der Satz wurde aber in einer gesonderten Abstimmung von der Mehrheit der Delegierten ausdrücklich beschlossen.

Mehr als nur eine linke Zeitung....

VORAN wird von aktiven SPD-Mitgliedern, Jungsozialisten, Frauen und Gewerkschaftern getragen, finanziert und verbreitet, die den Marxismus als lebendige Anleitung zum Handeln verstehen. Sie ist politisch und finanziell unabhängig von reichen Einzelpersonen oder Unternehmern, der SPD- und Gewerkschaftsführung oder etwa den Herrschenden im Ostblock. Abhängig ist sie dagegen von Ihren Lesern, Unterstützern und Abonnenten.

Zeitgemäß und realistisch sind heute angeblich Lobgeränge auf die "freie Marktwirtschaft", da sind sich Thatcher, Kohl, Lafontaine und Gorbatschow einig. VORAN dagegen ist die Plattform für alle Sozialisten, die nach wie vor für die Enttarnung der großen Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und den Aufbau einer demokratischen Planwirtschaft einstehen.

Seit dem ersten Krachstein im Jahre 1973 nimmt VORAN einen klaren Klassenstandpunkt ein - gegen das kapitalistische Mißwirtschaftssystem, gegen die imperialistische Ausbeutung der "3. Welt", gegen die bürokratische Unterdrückung in den Ostblockstaaten.

Der Weg zur sozialistischen Demokratie führt über die sozialistische Erneuerung der Arbeiterorganisationen und den Aufbau eines starken marxistischen Flügels bei den Junos und in der SPD. Dabei kannst auch Du mithelfen, indem Du VORAN abonnierst, durch Spenden unterstützt und die Zeitung weiterverbreitest.



Das gibt es jeden Monat auf 12 Seiten

- Aktuelle Berichte zu Angriffen von Kohl und Kapital und Gegenwehr.
- Kritische Auseinandersetzung mit der Politik von SPD, Junos und Gewerkschaften.
- Internationale Berichte.
- Theorie und Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung.
- Berichte aus Betrieben.
- Aktionsbeispiele von aktiven Junos und VORAN-Unterstützern.

Siehe einschenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/134504
Überweisungen auf Post girobank Essen, Bankleitzahl 36010043, Kto.-Nr. 250059-430



Ja, ich möchte

VORAN abonnieren

- 6 Ausgaben zu 9,50 DM
 Förderabo zu 20 DM (6 Ausgaben)

VORAN unterstützen

- und bitte um weitere Informationen.
 und will VORAN weiterverkaufen und
behalten ... Exemplare (In Kommission,
Beratung erfolgt nach Verkauf).

Name, Anschrift, Telefon

